



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

**BEZIEHUNGEN ZUR UKRAINE
KONFLIKT MIT BELARUS
AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN**

■ ANALYSE		
Die Ukraine ist für Russland eher Belarus als Polen		2
Von Susan Stewart, Berlin		
■ ANALYSE		
Das Erdgasgeschäft mit der Ukraine: Wer profitiert von der neuen Kooperation?		4
Von Katerina Malygina, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der russisch-ukrainische Erdgashandel		9
■ ANALYSE		
»Modernisierung« des Systems: Die Wirkung der Orangen Revolution auf Russland		12
Von Jonas Grätz, Oslo		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die Ukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung		15
■ ANALYSE		
Spannungen mit Belarus: Energiestreit statt Zollunion		17
Von Katerina Malygina, Bremen		
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		20
■ CHRONIK		
Vom 18. Juni bis zum 1. Juli 2010		23
■ PRESSEMITTEILUNG		
Berthold-Beitz-Zentrum in Berlin gegründet		25

Die Russland-Analysen werden vom

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Die Ukraine ist für Russland eher Belarus als Polen

Von Susan Stewart, Berlin

Zusammenfassung

Seit Viktor Janukowitsch im Februar 2010 zum ukrainischen Präsidenten gewählt wurde, haben sich die russisch-ukrainischen Beziehungen stark intensiviert. Dabei ist Russlands Ansatz gegenüber der Ukraine durch bestimmte Muster seines Verhaltens im postsowjetischen Raum gekennzeichnet. Dieses Verhalten basiert auf einem hegemonialen Verständnis, laut dem Russland anderen Ländern seine Bedingungen auferlegt. Von daher sind die russischen Initiativen bezüglich der Ukraine nicht gleichzusetzen mit kooperativen Zügen in der neueren russischen Politik gegenüber anderen europäischen Staaten.

Russische außenpolitische Ansätze in Europa: Zwei Logiken

In den letzten Monaten gibt es einen Trend in der russischen Außenpolitik zu mehr Kooperation mit einigen europäischen Ländern. Die offensichtlichsten Beispiele sind die Vereinbarung mit Norwegen über die Grenzdemarkation im Barentssee und die Annäherung an Polen. Letzteres beschränkt sich nicht auf die Katyń-Gedenkfeier im April 2010 und den Umgang mit dem Flugzeugunglück, bei dem der polnische Präsident Lech Kaczyński ums Leben gekommen ist, sondern dauert mindestens seit dem Besuch des russischen Premierministers Wladimir Putin in Gdansk im September 2009 an.

Manche Beobachter sehen auch die russische Politik gegenüber der Ukraine seit der Wahl Viktor Janukowitschs zum ukrainischen Präsidenten als Teil dieser neuen Kooperationslinie Russlands. In diesem Aufsatz wird gegen diese Interpretation argumentiert. Die Erklärung für die oben erwähnte Verbesserung in den Beziehungen zu Polen und Norwegen liegt vor allem darin begründet, dass bedeutende Segmente der russischen Elite sich einig sind, dass eine Modernisierung ihres Landes notwendig ist. Um eben diese Modernisierung, die sich insbesondere auf ausländische Direktinvestitionen und Technologie- bzw. Wissenstransfer konzentriert, einzuleiten, sind gute Beziehungen zu den Ländern von Vorteil, aus denen solche Transfers kommen können. Die Vereinbarung mit Norwegen öffnet den Weg für eine produktive Kooperation im Energiesektor im hohen Norden. Ein gutes Verhältnis zu Polen kann den Zugang zu einer vertieften Zusammenarbeit mit der EU oder einzelnen EU-Mitgliedsstaaten erleichtern.

Die Logik hinter den intensivierten Beziehungen mit der Ukraine ist eine andere. Sie ist viel enger mit dem russischen Ansatz gegenüber dem postsowjetischen Raum verknüpft als mit der neuen kooperativen Linie. In vielerlei Hinsicht dienen Russlands Versuche, seinen

Einfluss im postsowjetischen Raum zu erhöhen, dazu, Russlands Platz auf der internationalen Bühne zu stärken. Die Annahme dahinter ist, dass eine erfolgreiche Positionierung Russlands als Hegemon in seiner Nachbarschaft seine Stellung als Großmacht in den Augen internationaler Akteure bekräftigen wird, und dies wiederum zu mehr Einfluss in globalen und regionalen Gremien führen wird.

Andererseits ergibt sich jedoch aus Russlands Haltung gegenüber der Ukraine ein impliziter Widerspruch zu den Modernisierungsansprüchen. Die russischen Versuche, die Ukraine wirtschaftlich (und politisch) sowohl an sich zu binden als auch in den Integrationsstrukturen des postsowjetischen Raums (GUS, Zollunion, Gemeinsamer Wirtschaftsraum) zu verankern, können das heutige noch unmodernisierte russische Wirtschaftsmodell stärken, da auch die ukrainische Wirtschaft in großen Teilen noch mit veralteten Verfahren und Geräten arbeitet, und intransparente Netzwerke das wirtschaftliche und politische Geschehen zum großen Teil kontrollieren.

Prioritäten der russischen Ukraine-Politik

Das sichtbarste Ergebnis des »Neustarts« in den russisch-ukrainischen Beziehungen ist die Vereinbarung, die den Gaspreis für die nächsten zehn Jahre um etwa 30 % senkt und der russischen Schwarzmeerflotte im Gegenzug erlaubt, bis 2042 im Hafen von Sewastopol stationiert zu bleiben. So kann die Ukraine über die nächsten zehn Jahre bis zu 40 Mrd. US-Dollar für Erdgas einsparen. Russland gewinnt im Sicherheitsbereich und setzt durch den dauerhaften Verbleib seiner Flotte auf der Krim ein wichtiges Zeichen bezüglich der Wahrung seines Einflusses im postsowjetischen Raum. Allerdings wird diese Stationierung aufgrund der zurzeit begrenzten russischen Ressourcen für neue militärische Anschaffungen keine erhöhte strategische Bedeutung für Russland gewinnen sondern vielmehr eine Fortsetzung der Bedrohung für Staaten im Schwarzmeerraum

(v. a. Georgien) bedeuten und gleichzeitig eine Option bieten, die Situation auf der Krim zu beobachten und ggf. zu beeinflussen.

Dass Russland im Sicherheitsbereich sich viel von der Ukraine verspricht, zeigt nicht nur die oben erwähnte Vereinbarung, sondern auch die drei im Mai 2010 von Medwedew und Janukowitsch unterzeichneten Erklärungen zu 1) europäischer Sicherheit, 2) der Entwicklung in der Schwarzmeerregion, und 3) dem Transnistrienkonflikt. Hiermit sichert sich Russland ukrainische Unterstützung für seine Vorschläge zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung sowie für die Rolle seiner »friedensschaffenden« Truppen in Transnistrien. Gleichzeitig geht Russland auch im Energiesektor voran. Laut Janukowitsch wird Russland am Ausbau der Atomkraftnutzung im ukrainischen Energiesektor maßgeblich beteiligt sein. Für die Zusammenarbeit in dieser Sphäre stellt Russland der Ukraine gar einen Kredit über 2 Mrd. US-Dollar zur Verfügung, der für den Bau von zwei Reaktoren genutzt wird. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen wie der Stahlindustrie versucht Russland seine Präsenz in der Ukraine auszuweiten, teilweise zum Nachteil führender ukrainischer Geschäftsleute. Im militär-industriellen Komplex wird mit einem deutlichen Ausbau der Zusammenarbeit gerechnet, u. a. beim Bau des Militärtransportflugzeugs Antonow-70.

Bei Fragen der Geschichtsdeutung rennt Russland unter Janukowitsch offenbar offene Türen ein. Der neue ukrainische Präsident hat die Interpretation der ukrainischen Hungernot (»Holodomor«) als Genozid, die sein Vorgänger Juschtschenko zu einem Hauptanliegen seiner Amtszeit gemacht hatte, vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates widerrufen. Außerdem hat er versprochen, die kontroverse Verleihung der Auszeichnung »Held der Ukraine« an die OUN-UPA-Führer Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch zu annullieren. Dies ist durch ein Donetsker Gericht im April 2010 erfolgt. Gleichzeitig versucht Janukowitsch, die Rolle der russischen Sprache in der Gesellschaft zu erhöhen und führt russlandfreundliche Elemente in den Geschichtsunterricht ein. Dadurch erreicht Russland gegenüber der Ukraine wichtige Ziele im kulturellen Bereich, ohne sich dafür besonders einsetzen zu müssen. Diese Schritte scheinen dabei mehr von der persönlichen Überzeugung Janukowitschs und seines Teams auszugehen und weniger vorausseilender Gehorsam gegenüber Russland darzustellen.

Dieser kurze Überblick über das russische Verhältnis zur Ukraine in den letzten Monaten zeigt die russischen Prioritäten deutlich auf. Bislang standen Sicherheitsüberlegungen an erster Stelle. Hiermit will Russland

seinen Einfluss innerhalb der Ukraine sichern (Krim), seine Stellung im postsowjetischen Raum stärken und ukrainische Unterstützung für die russische Strategie einer neuen europäischen Sicherheitsordnung einfordern. Der Energiesektor hat aber eine fast genauso hohe Priorität für Russland. Statt für die ukrainischen Transitpipelines für Erdgas die Idee eines trilateralen Konsortiums (Russland-Ukraine-EU) aufzugreifen, will die russische Führung lieber eine bilaterale Vereinbarung aushandeln. Auch in anderen Energie- und Wirtschaftsbereichen ist Russland dabei, seinen Einfluss zu erhöhen.

Allerdings werden auch die Grenzen der Beziehungen deutlich. Die Ukraine versucht, den unerwarteten russischen Vorschlag einer Übernahme des ukrainischen Unternehmens Naftohaz durch Gazprom abzulehnen. Dennoch wird über ein joint venture diskutiert, die die russische Seite als erster Schritt auf dem Weg zu einer Verschmelzung der beiden Unternehmen darstellt. Sowohl die Art und Weise, wie dieser Vorschlag von Putin eingebracht wurde, als auch die Unfähigkeit der ukrainischen Führung, ihn gänzlich von der Tagesordnung zu streichen, deuten auf die Ungleichheit der beiden Akteure. Die russische Führung weiß, dass sich die Ukraine in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet und versucht, die gegenwärtige ukrainische Schwäche für einen erheblichen Ausbau russischen Einflusses in der Ukraine zu nutzen.

Fazit

Die oben beschriebene Entwicklung deutet weniger auf eine spezifische russische Ukrainepolitik als auf die Fortsetzung bestimmter Muster hin, die sich in den Beziehungen zwischen Russland und seinen postsowjetischen Nachbarn bemerkbar machen. Dabei geht es Russland vor allem darum, im Rahmen eines hegemonialen Verhältnisses die Bedingungen der Zusammenarbeit festzulegen. Im Moment wird Janukowitsch für seine Bereitschaft, mit Russland zu kooperieren, belohnt, z. B. mit billigerem Gas und Krediten. Dabei geht die russische Führung davon aus, dass sie durch diese Instrumente ihren Einfluss auf Politik und Wirtschaft in der Ukraine dauerhaft steigern kann. Somit ähnelt der russische Ansatz bezüglich der Ukraine in einigen wesentlichen Aspekten dem gegenüber Belarus oder Armenien.

Während Janukowitsch sich im Moment kooperativer verhält als Lukaschenko, ist die Ukraine in anderer Hinsicht ein schwieriger Fall für Russland, weil die ukrainische Gesellschaft sich in den letzten Jahren an einige Freiheiten gewohnt hat und Teile davon aktiv gegen die Politik Janukowitschs auftreten. Allerdings zeigt sich die ukrainische Opposition seit der Wahl

von Janukowitsch bislang eher schwach und ineffektiv. Außerdem sind sowohl die USA als auch die EU im Moment zurückhaltend in Bezug auf den Ausbau ihrer Zusammenarbeit mit der Ukraine. Dies macht der russischen Führung Mut, möglichst viele Nischen in der ukrainischen politischen und wirtschaftlichen Landschaft jetzt zu besetzen und so die Möglichkeiten westlicher Akteure einzuschränken. Falls es der Ukraine nicht gelingt, ihre wirtschaftliche Lage durch eine genuine Zusammenarbeit mit dem IWF und der EU zu verbessern, wird ihre Abhängigkeit von Russland mittelfristig zunehmen. In dem Fall könnte Russland eine stärkere Einbindung der Ukraine in postsowjetische Strukturen erreichen.

Über die Autorin

Dr. Susan Stewart ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe »Russland/GUS« an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die EU-Russland-Beziehungen und die Innen- und Außenpolitik der Ukraine.

Lesetipps

- Nico Lange, 100 Tage nach dem Machtwechsel in der Ukraine: Autoritäre Tendenzen und Annäherung an Russland, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27. Mai 2010, http://www.kas.de/wf/doc/kas_19723-544-1-30.pdf.
- Jeffrey Mankoff, Russian Foreign Policy: The Return of Great Power Politics. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield, 2009.
- Susan Stewart, Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum: Das Baltikum, die westliche GUS und der Südkaukasus im Vergleich. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2010/S 05, März 2010, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6870.

Analyse

Das Erdgasgeschäft mit der Ukraine: Wer profitiert von der neuen Kooperation?

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Nach dem Machtwechsel in Kiew im Februar 2010 haben sich die russisch-ukrainischen Beziehungen dynamisch verbessert. Ein Eckpunkt war die Unterzeichnung eines neuen Gasabkommens im April 2010, das der Ukraine Vorzugspreise für Erdgasimporte gewährt, die als Pachtleistung für die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim verstanden werden. Gleichzeitig werden bilaterale Kooperationen im Erdgasbereich, insbesondere bezüglich der Transitpipelines, intensiv diskutiert.

Einleitung

Mit der Machtübernahme durch Viktor Janukowitsch im Februar 2010 hat sich der energiepolitische Dialog zwischen der Ukraine und Russland dramatisch verändert. Noch vor seinem Amtsantritt sprach sich Janu-

Russlands Verhalten in der Ukraine ist deshalb nicht in einem Atemzug zu nennen mit neueren russischen Versuchen einer Annäherung an den Westen, wie bei Norwegen und Polen. Diese Versuche sind ein Ausdruck des wachsenden Bewusstseins in der russischen Elite, dass Russland auf den Westen angewiesen ist, um seine Modernisierungsagenda voranzutreiben. Russlands Verhalten im postsowjetischen Raum hat eine andere Qualität und dient dazu, seine hegemoniale Rolle auszubauen und sich als starker Partner gegenüber dem Westen zu präsentieren.

kowitsch für eine Überprüfung der Gasverträge mit Russland und »gerechte« Gaspreise für die Ukraine aus. Um Russland von einer abermaligen Revision der Verträge zu überzeugen, schlug Janukowitsch vor, zu einer Idee aus dem Jahre 2002 – einem internationalen Gas-

transit-Konsortium – zurückzukehren. Dabei sollte ein Konsortium mit Firmen aus der Ukraine, aus Russland und aus der EU gemeinsam die ukrainischen Erdgas-transitpipelines übernehmen und deren dringend erforderliche Modernisierung finanzieren.

Die Absicht, Russland Eigentumsrechte an den Transitpipelines zu gewähren, rief in der Ukraine allerdings einen Proteststurm hervor. Janukowitsch hatte dennoch weiterhin die sowohl für die Staatsfinanzen als auch für die ostukrainische Schwerindustrie und die privaten Haushalte sehr wichtige Senkung der Gaspreise im Visier und fand einen anderen Weg sein Ziel zu erreichen: Am 21. April 2010 kam es in Charkiw zu einer Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland, nach der die Ukraine Rabatte auf die russischen Gaspreise erhalten soll. Im Gegenzug wird der Preisnachlass durch die Pacht für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim ausgeglichen. Darüber hinaus wird die Dauer der Flottenstationierung um 25 Jahre bis 2042 verlängert. Eine entsprechende Praxis der Vertragsgestaltung existiert in den ukrainisch-russischen Gasbeziehungen schon seit 1997: So »zahlt« Russland für die Nutzung des Marinestützpunkts auf der Krim 98 Mio. US-Dollar jährlich, indem alte ukrainische Gas-Schulden abgeschrieben werden. Dennoch wirkte die neue Vereinbarung in der Ukraine provozierend und rief massive Proteste bis hin zum Vorwurf der Preisgabe der ukrainischen Souveränität hervor.

Die russische Sicht: Finanzen

Eine der wichtigsten Folgen des russisch-ukrainischen Erdgaskonfliktes zum Jahresanfang 2009 war die Ausschaltung des Gaszwischenhändlers RosUkrEnerg (RUE) aus dem Gashandel zwischen Russland und der Ukraine. Russland hat von dieser Veränderung letzten Endes vermutlich stärker profitiert als die Ukraine, obwohl diese den Prozess in Gang gebracht hatte. Erstens wickelte Russland 2008 den Gastransit durch die Ukraine über Tauschgeschäfte ab, wodurch bei RUE 1,7 Mrd. US-Dollar Schulden gegenüber dem russischen Erdgaskonzern Gazprom aufliefen.

Zweitens konnte Russland die Bedingungen des unter Einbeziehung von RUE geschlossenen Gasvertrags mit Polen zum eigenen Vorteil verändern. Nach der Ausschaltung des Zwischenhändlers erhielt Polen nun nicht mehr die vertraglich vereinbarten Gasmengen von RUE, woraufhin das Land Gespräche mit Gazprom über die Bereitstellung zusätzlicher Gasmengen aufnahm. Die sich über ein Jahr hinziehenden Verhandlungen mit Polen sollen bald in der Unterzeichnung eines neuen zwischenstaatlichen Vertrags münden, der die Bedingungen für

die Gaslieferungen bis zum Jahr 2037 festlegt. Laut dieser Vereinbarung wird Gazprom Gas im Wert von 100 Mrd. US-Dollar nach Polen liefern. Dies wäre einer der umfangreichsten Gasverträge, die Gazprom jemals unterzeichnet hat. Neben diesem langfristigen Vertrag erreichte Gazprom die Bestätigung des Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen der Unternehmensleitung von Europogaz, dem Joint Venture aus Gazprom und dem polnischen Öl- und Gasunternehmen PGNIG zum Betrieb der Jamal-Pipeline (Russland-Polen-Deutschland). Aufgrund der Änderungen, die Gazprom seit 2006 durchzusetzen sucht, kann die polnische Seite die Tarife für den Gastransport durch den polnischen Teil der Jamal-Gasleitung nicht mehr selbstständig festlegen.

Nach Angaben der russischen Zollbehörden sind die Einnahmen aus russischen Gasverkäufen ins Ausland im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 um 40 % gesunken und betragen nur noch 39,4 Mrd. US-Dollar, wobei knapp ein Fünftel der Gesamtsumme aus dem Gasexport in die Ukraine kam. Deshalb war es Russland wichtig, dass die Ukraine das importierte Gas auch wirklich bezahlt, und zwar vollständig. Während des Jahres 2009 wurde die russische Führung nicht müde, immer wieder ein und dieselbe Botschaft an die westlichen Partner zu wiederholen – die Schwierigkeiten der Ukraine bei der Begleichung der russischen Gasrechnungen könnten abermals zu Problemen mit dem Gastransit durch die Ukraine führen.

Das Vorgehen des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zeugt von der Beharrlichkeit, mit der Gazprom versuchte, ausländische Geldgeber zur Absicherung der fristgerechten ukrainischen Zahlungen für russische Gaslieferungen heranzuziehen: Als Anfang Juni 2009 eine hitzig geführte Debatte um die nötige Füllung der ukrainischen unterirdischen Gasspeicher ausbrach, rief Putin den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso an und schlug ihm vor, der Ukraine einen Kredit in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zu gewähren. Er erhielt eine Absage und wandte sich daraufhin mit einem ähnlichen Vorschlag an den IWF. Diesmal schlug Russland vor, dass für die Bezahlung des Gases Mittel verwendet werden könnten, die durch die Aufstockung der IWF-Reserven auf dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 frei geworden waren. Die Ukraine verwendete ihren Anteil sofort für die Bezahlung der russischen Gasrechnungen im Herbst 2009. Ohne die aktive Einmischung Russlands hätte die Ukraine den Zahlungsplan wohl nicht erfüllen können.

Die russische Sicht: Exportpipelines

Eine direkte Folge des Gaskonfliktes zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2009 waren die wach-

sendenden Bemühungen Russlands um eine Diversifizierung der Gastransportwege unter Umgehung der Ukraine – insbesondere geht es um die Pipelines Nord- und South-Stream. Der Erfolg der Russen ist nun offensichtlich: Im Februar 2010 erhielt Gazprom alle Genehmigungen, die für den Bau der Nord-Stream Pipeline nötig sind, und im April 2010 wurde der Bau der Pipeline offiziell gestartet. Auch das Projekt South-Stream erhielt 2009 breite internationale Unterstützung und Gazprom hat bereits Verträge mit Bulgarien, Serbien, Ungarn, Griechenland, Slowenien, Kroatien und Österreich über den Bau jenes Teils der Pipeline abgeschlossen, der auf ausländischem Festland erfolgen muss. Es steht außerdem zu erwarten, dass die Türkei bis November 2010 ihre Erlaubnis zum Bau der South-Stream Pipeline in ihren Gewässern erteilt.

Allerdings gibt es auch Zweifel an der zügigen Umsetzung beider Pipelineprojekte. So betragen die im Innovationsprogramm von Gazprom vorgesehenen Mittel für die beiden Gasleitungen insgesamt nur 4,65 Mrd. US-Dollar, was lediglich für die Verlegung des ersten Abschnitts der Nord-Stream Pipeline ausreichen wird, den Gazprom bereits im Jahr 2011 in Betrieb nehmen will. Darüber hinaus hat Russland im Februar 2010 die Ausbeutung des Stockmann-Gasfeldes, dessen Gas über die Nord-Stream Pipeline nach Europa transportiert werden soll, um 3 Jahre verschoben (auf 2016/17). Auf die Realisierung der von Gazprom konzipierten Projekte hat auch die schleichende Revolution bei der Förderung von Schiefergas in den USA Einfluss, die teilweise schon zur Umlenkung von Flüssiggas aus Katar von Nordamerika nach Europa geführt hat und damit zum Katalysator für den Preisverfall bei Erdgas in der EU geworden ist. Ungeachtet der offiziellen Position Gazproms könnte die Umsetzung der South-Stream Pipeline in naher Zukunft gestoppt werden.

Im Jahr 2009 bemühte sich Russland, allgemeingültige Transitregeln in bereits abgeschlossene oder neue internationale Verträge einzuschreiben. Das Ziel – »Senkung der Risiken für den Transit und den Transport russischer Energieträger auf die Exportmärkte« – wurde in der neuen russischen Energiestrategie bis 2030 vom 13. November 2009 klar festgelegt. Nach dem Gaskonflikt mit der Ukraine hatte Russland seine Anwendung der (von Russland nie ratifizierten) Energiecharta ausgesetzt und startete im April 2009 eine Initiative zur Ausarbeitung eines neuen Konzepts für eine Zusammenarbeit im Energiebereich, wobei alle wichtigen Produzenten-, Transit- und Verbraucherländer zusammengebracht werden sollen. In diesem Jahr könnte Russland damit durchaus Erfolg haben: Zu Beginn des Jahres erklärte

der Chef der Vertretung der Europäischen Kommission in der Russischen Föderation Fernando Valenzuela, dass die Energiecharta nochmals überprüft werden könne, um auch Russlands Interessen zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Durchsetzung seiner Gasinteressen war das Krisenjahr 2009 für Russland ein erfolgreiches. Nichtsdestotrotz führte die Brüsseler Erklärung, die auf der internationalen Geberkonferenz zur Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems (GTS) vom 23. März 2009 verabschiedet wurde, zu einer Schwächung der russischen Position. Darin verpflichtet sich die Ukraine zur Modernisierung des Gastransportsystems und erhält dafür Kredite von europäischen Banken. Aus russischer Sicht jedoch ist jede Modernisierung des GTS ohne Konsultation Russlands, des Gasverkäufers, töricht. Russland besteht auf einer dreiseitigen Zusammenarbeit bei der Modernisierung. Außerdem wurde in der Deklaration zum Ausdruck gebracht, dass die europäischen Unternehmen Gas unmittelbar an der russischen Grenze und nicht an den EU-Grenzen kaufen sollten. Diese Umstellung verringert den Einfluss Gazproms in der Ukraine als auch in Europa wesentlich. Die Brüsseler Erklärung rief natürlich scharfe Proteste vonseiten Gazproms hervor – die Delegation verließ sogar den Verhandlungstisch. Später, im November 2009, spielte die Ukraine dann die »Brüsseler Karte«, um von Russland Konzessionen bei den Gasverträgen zu erhalten.

Die ukrainische Sicht: Zahlungsprobleme

Zum wichtigsten Ereignis in der ukrainischen Politik wurden im Jahr 2009 die allmonatlichen Bemühungen um die pünktliche Begleichung der russischen Gasrechnungen. Ungeachtet der sehr strikten Regelung für die Bezahlung des Gases (spätestens am siebten Tag des Monats, sonst Übergang zu Vorauszahlungen) und der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land, zahlte die Ukraine grundsätzlich fristgerecht. Das lag auch im persönlichen Interesse von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Angesichts der näher rückenden Präsidentschaftswahlen war es ihr außerordentlich wichtig, den Glauben an die Zahlungsfähigkeit der Ukraine zu stärken und die Nachteile der von ihr unterschriebenen Gasverträge, die zu einer deutlichen Preiserhöhung geführt hatten, zu verschleiern.

Um die Verpflichtungen gegenüber Russland zu erfüllen, griff die ukrainische Ministerpräsidentin zu marktüblichen Methoden. So wurden die Gasrechnungen in erster Linie über Kredite von staatlichen Banken beglichen, wodurch die Staatsschulden der Ukraine 2009 auf 14 Mrd. US-Dollar anwuchsen, von denen allein die Hälfte an den staatlichen Energie-

konzern Naftohaz gingen. Für den Rechnungsausgleich wurden auch andere Tricks angewandt: Während der Staat anderen Unternehmen insgesamt 3,15 Mrd. US-Dollar Mehrwertsteuerrückerstattung schuldet, erhielt Naftohaz eine Rückerstattung in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar ausgezahlt. Auch die Monetarisierung der vom IWF im August 2009 erhaltenen Sonderziehungsrechte in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar diente der Begleichung der Gasschulden. Zum Jahresanfang 2010 wurden dann mit Zustimmung des IWFs Währungsreserven von bis zu 2 Mrd. US-Dollar ebenfalls für die Schuldenbegleichung eingesetzt.

Die russischen Gasrechnungen brachten Naftohaz trotzdem an den Rande der Zahlungsunfähigkeit. Im Herbst 2009 gelang es dem Unternehmen nur mit größter Anstrengung seine Schulden zu restrukturieren: Das Unternehmen konnte Euro-Anleihen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar nicht begleichen und zahlte stattdessen nur die Zinsen. Zum 1. Oktober 2009 erreichten die Schulden von Naftohaz eine Höhe von 5,3 Mrd. US-Dollar. Die Gesamtsumme der gerichtlichen Forderungen gegenüber Naftohaz betrug bis November 2009 bereits 4,75 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus vervierfachte RUE Mitte November seine Forderungen an Naftohaz auf 8,26 Mrd. US-Dollar aufgrund der Enteignung von 11 Mrd. m³ Gas zu Beginn des Jahres 2009.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen konnte sich die Regierung der Ukraine trotz der Forderungen des IWF und der europäischen Banken nicht zu radikaleren Maßnahmen entschließen, wie z. B. der Angleichung der Gaspreise für die Bevölkerung an Marktpreise. Stattdessen wurde 1 Mrd. US-Dollar aus dem Staatshaushalt für den Ausgleich zwischen dem Ankauf von importiertem Gas und dem Verkauf an die Bevölkerung bereitgestellt.

Die Ukraine bezahlte zwar rechtzeitig die Gasrechnungen, hielt den Gasvertrag aber dennoch nicht in vollem Umfang ein: Sie nahm nicht die vereinbarten Gasmengen ab. Russland akzeptierte die Reduzierung der Liefermenge allerdings und verhängte nicht die im Vertrag dafür vorgesehenen Strafzahlungen.

Gegen Ende des Jahres wurde diese Regelung dann auch offiziell festgeschrieben. Am 24. November 2009 unterschrieben Gazprom und Naftohaz eine Zusatzklärung zum Gasvertrag vom 19. Januar 2009. In der neuen Vereinbarung wird auf Geldstrafen für die Nicht-Abnahme von Gas durch Naftohaz im Jahr 2009 verzichtet – dies wären immerhin 8 Mrd. US-Dollar gewesen. Die Unterzeichnung der neuen Vereinbarung Ende November verletzte den ursprünglichen Vertrag nicht, da dieser bereits die Möglichkeit zur Änderung der Gasmengen einräumt. Die Verträge hätten jedoch spätes-

tens sechs Monate vor Beginn des betreffenden Lieferjahres unterschrieben werden müssen.

Der Zwischenhändler schlägt zurück?

Eines der zentralen Ziele Timoschenkos bei den Erdgasverhandlungen mit Russland 2008 und 2009 war die Liquidierung des Zwischenhändlers RosUkrEnerg (RUE), der zur Hälfte dem ukrainischen Oligarchen Dmitrij Firtasch und einem Geschäftspartner sowie zur anderen Hälfte Gazprom gehörte. Mit der Unterzeichnung der neuen Erdgasverträge mit Russland erreichte Timoschenko 2009 dieses Ziel und Russland und die Ukraine gingen zum direkten Gashandel über. Seit dem Amtsantritt Janukowitschs im Februar 2010 wird diese Regelung jedoch wieder in Zweifel gezogen.

Die ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten im Gasbereich betrafen die Besetzung der entsprechenden Schlüsselpositionen mit »eigenen Leuten«. Energieminister wurde Jurij Bojko, der von 2006 bis 2007 schon einmal unter Janukowitsch diesen Posten innehatte und von 2002 bis 2005 den staatlichen Energieversorger Naftohaz leitete. In seiner ersten Amtszeit als Energieminister schloss er Verträge, die auch für Firtasch äußerst lukrativ waren. Die Ernennung Bojkos rief auf Seiten der Opposition laute Proteste hervor. Von der Rückkehr des Oligarchen Firtasch in die große Politik zeugt auch die Ernennung Jurij Borisows zum Direktor des Unternehmens Ukgazwydobuwanja, einem Tochterunternehmen von Naftohaz, das in der Gasförderung und -verarbeitung tätig ist. Vorher war Borisow Generaldirektor der OSTCHEM Holding AG, die wiederum zu Firtaschs Unternehmensgruppe Group DF gehört.

Anfang Juni konnte Firtasch seine Position weiter stärken. Am 8. Juni 2010 entschied das Stockholmer Schiedsgericht, dass Naftohaz RUE insgesamt 11 Mrd. m³ Erdgas erstatten soll, die auf Betreiben der Regierung Timoschenko vom ukrainischen Zoll im Januar 2009 aus von RUE angemieteten Erdgasspeichern beschlagnahmt worden waren, um die Schulden von RUE gegenüber Naftohaz zu begleichen. Zusätzlich ordnete das Stockholmer Schiedsgericht die Lieferung von weiteren 1,1 Mrd. m³ an RUE als Entschädigungszahlung an. Mit der erneuten Kontrolle über 12 Mrd. m³ Erdgas und Medienberichten über ein »Friedensabkommen« mit Naftohaz könnte Firtasch ins Erdgasgeschäft zurückkehren.

Neue Kooperation: Gas gegen Flottenstützpunkt

Der zweite Schritt Janukowitschs im Gasbereich betraf die Unterzeichnung einer russisch-ukrainischen Ver-

einbarung in Charkiw am 21. April 2010 über die Schwarzmeerflotte und den Gashandel. Diese besteht aus drei Dokumenten: Die ersten beiden sind Zusatzerklärungen zum Vertrag vom 19. Januar 2009 über den Gashandel und den Transit durch die Ukraine, geschlossen zwischen Naftohaz und Gazprom. Das dritte Dokument ist eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf ukrainischem Territorium. Dieses Dokument hat einen höheren Status als die ersten beiden, weil es nicht ein Vertrag zwischen zwei Wirtschaftssubjekten ist, sondern ein zwischenstaatliches Abkommen, das ratifiziert werden muss und viel schwieriger zu kündigen ist. Darüber hinaus gilt diese dritte Vereinbarung für einen wesentlich längeren Zeitraum – bis 2042, die anderen beiden gelten nur bis 2019. Im Vertrag über die Schwarzmeerflotte fehlt ein konkreter Verweis auf den Vertrag zwischen Naftohaz und Gazprom vom Januar 2009. Daraus folgt, dass gerade die Vereinbarung über die Schwarzmeerflotte die Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Gasbereich fast für ein Drittel des Jahrhunderts bestimmen wird. Und nicht zuletzt findet sich eben in diesem Dokument die Rabattformel für den Gaspreis.

Der neue Vertrag über die Schwarzmeerflotte verknüpft die Preisnachlässe auf das russische Gas für die Ukraine somit direkt mit den Pachtzahlungen für die russische Flotte auf der Krim. Diese Pachtgebühren werden aber nie tatsächlich gezahlt, sondern verrechnet. Damit will sich Russland gegen eine mögliche Aufhebung des Flottenvertrags vor 2042 absichern – in diesem Fall nämlich hätte die Ukraine automatisch Schulden in Höhe der angehäuften Gasrabatte. Der Rabatt beträgt 100 US-Dollar bei einem Gaspreis ab 333 US-Dollar für 1000 m³ und 30 % bei einem niedrigeren Gaspreis. Nach übereinstimmenden Aussagen der Ministerpräsidenten der beiden Länder, Wladimir Putin und Mikola Asarow, spart die Ukraine somit 3 bis 4 Mrd. US-Dollar im Jahr, was sich nach 10 Jahren schon auf 30 bis 40 Mrd. US-Dollar summieren würde. Ob diese Einschätzung der Wirklichkeit entspricht, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen, da die Höhe des Rabattes von der Höhe des Gaspreises abhängt.

Der Rabatt geht jedoch nicht auf Kosten Gazproms. Der Vertrag legt vielmehr fest, dass die russische Regierung den Exportzoll auf die Erdgaslieferungen im Umfang des Rabattes reduziert. Der russische Staat verzichtet damit auf Zolleinnahmen, um so die Pacht für die Schwarzmeerflotte zu leisten.

Die neue Zusatzerklärung über den Gashandel enthält auch eine Begrenzung des Gasrabattes: Wenn die

Ukraine mehr als 30 Mrd. m³ Gas im Jahr 2010 und mehr als 40 Mrd. m³ Gas im Jahr 2011 kaufen will, muss sie den vollen Preis für die weiteren Gaslieferungen bezahlen. Mit der Zusatzerklärung vom 21. April 2010 wurde auch das im Jahr 2010 zu erwerbende Gasvolumen von 33,75 Mrd. m³ auf 36,5 Mrd. m³ erhöht und die Sanktionen gegen die Ukraine für die Nicht-Abnahme vereinbarter Gasmengen für die gesamte Vertragslaufzeit (bis 2019) abgeschafft.

In der Zusatzerklärung über den Gastransit vom 21. April 2010 wurde auch vereinbart, dass Gazprom 80 % der Kosten für den Gastransit bis zum sechsten des Folgemonats und die restlichen 20 % bis zum zwanzigsten des Folgemonats zahlen muss. Naftohaz kann so zur Not das am Monatssechsten erhaltene Geld bis zum nächsten Tag gleich wieder als Bezahlung für Erdgaslieferungen an Gazprom zurücküberweisen. Dies löst die Liquiditätseingänge des ukrainischen Energiekonzerns aber nur begrenzt. Nach Schätzungen der Autorin wird die Ukraine im Jahre 2010 maximal 3 Mrd. US-Dollar für den Gastransit über ihr Territorium erhalten, während sie für importiertes Gas, selbst mit Rabatt, mindestens 7 Mrd. US-Dollar zahlen muss.

Gemeinschaftsunternehmen als Knackpunkt

Eine noch offene Frage in den russisch-ukrainischen Erdgas-Beziehungen ist die Kontrolle über die ukrainischen Transitpipelines. Diese befinden sich im Eigentum einer ukrainischen Staatsfirma und dürfen nach einem regelmäßig bestätigten Beschluss des ukrainischen Parlaments bisher im »Interesse der nationalen Sicherheit« nicht an Ausländer verkauft werden. Gleichzeitig fehlt der Ukraine das Geld für dringend erforderliche Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Wie oben dargestellt, hat die Ukraine vor bereits gut einem Jahr eine Vereinbarung mit der EU über die Kreditfinanzierung dieser Maßnahmen getroffen.

Seit den Abkommen von Charkiw diskutieren Russland und die Ukraine die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von Naftohaz und Gazprom im Energiebereich. Die Idee des joint ventures wurde am 30. April 2010 vom russischen Ministerpräsidenten Putin, angeblich spontan, ins Gespräch gebracht. Er greift jedoch langjährige russische Interessen auf. Auf Putins Vorschlag reagierte die ukrainische Opposition sofort mit dem Vorwurf dabei würden auf Umwegen die Transitpipelines unter russische Kontrolle gelangen. Während dies von staatlicher Seite in Moskau und Kiew umgehend verneint wurde, schlug Gazprom-Chef Alexej Miller am 19. Juni 2010 vor, dass Russland ein Erdgas-

feld mit Reserven von bis zu 1 Bio. m³ in das joint venture einbringen könnte, wenn die Ukraine im Gegenzug die Transitpipelines übertrage. Tatsächlich stehen aber in beiden Ländern hohe gesetzliche Hürden vor der Umsetzung einer entsprechenden Regelung.

Ein weiterer Vorschlag, der nun geprüft wird, ist die Gründung eines dreiseitigen Konsortiums unter Beteiligung europäischer Unternehmen. Das Konzept des Konsortiums ist nicht neu – es wurde bereits im Jahr 2002 geplant, ein dreiseitiges Konsortium zu realisieren. Während Russland fürchtet, durch die Einbeziehung weite-

rer Partner Einfluss zu verlieren, sieht die Ukraine westeuropäische Unternehmen eher als Partner Gazproms und sieht sich damit ebenfalls von einem Einflussverlust bedroht. Außerdem beharrt die Ukraine weiterhin darauf, dass Russland im Gegenzug für ein Engagement im ukrainischen Erdgastransit auf die Pläne zum Bau der Umgehungspipelines Nord Stream und South Stream verzichten sollte. Dazu ist Russland nicht bereit.

Die Frage, welchen Einfluss Russland im ukrainischen Erdgastransit erhalten wird, ist also noch lange nicht entschieden.

Über die Autorin

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen (www.laender-analysen.de/ukraine).

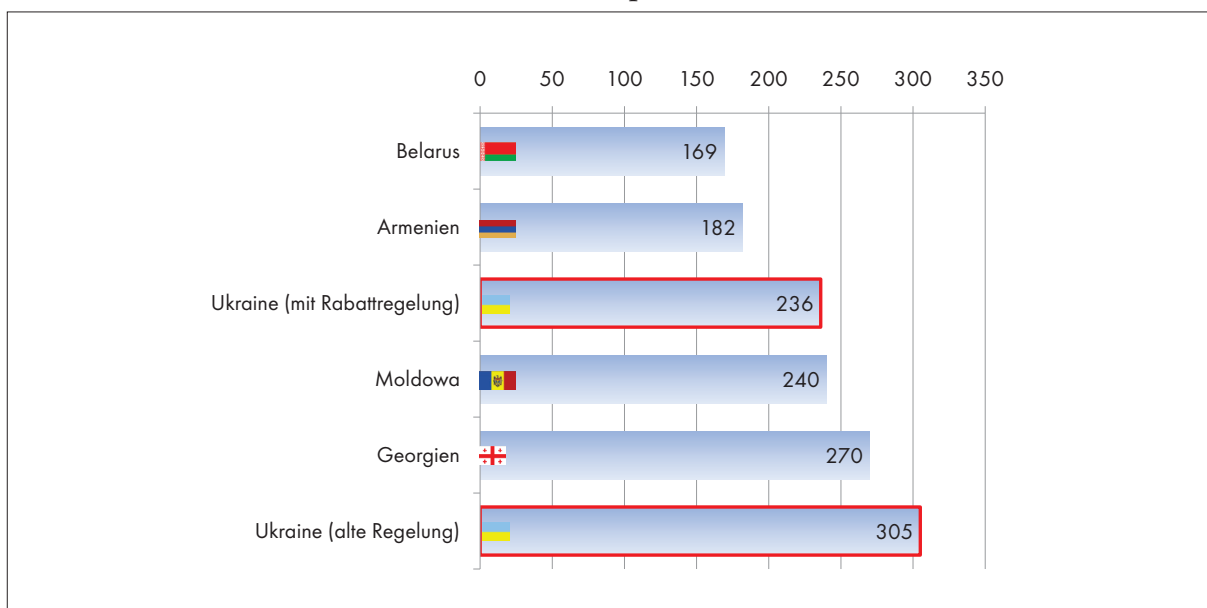
Lesetipp

Simon Pirani, Jonathan Stern and Katja Yafimava: *The April 2010 Russo-Ukrainian gas agreement and its implications for Europe*, Oxford Institute for Energy Studies, NG 42, Juni 2010, im Internet verfügbar unter <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG42.pdf>

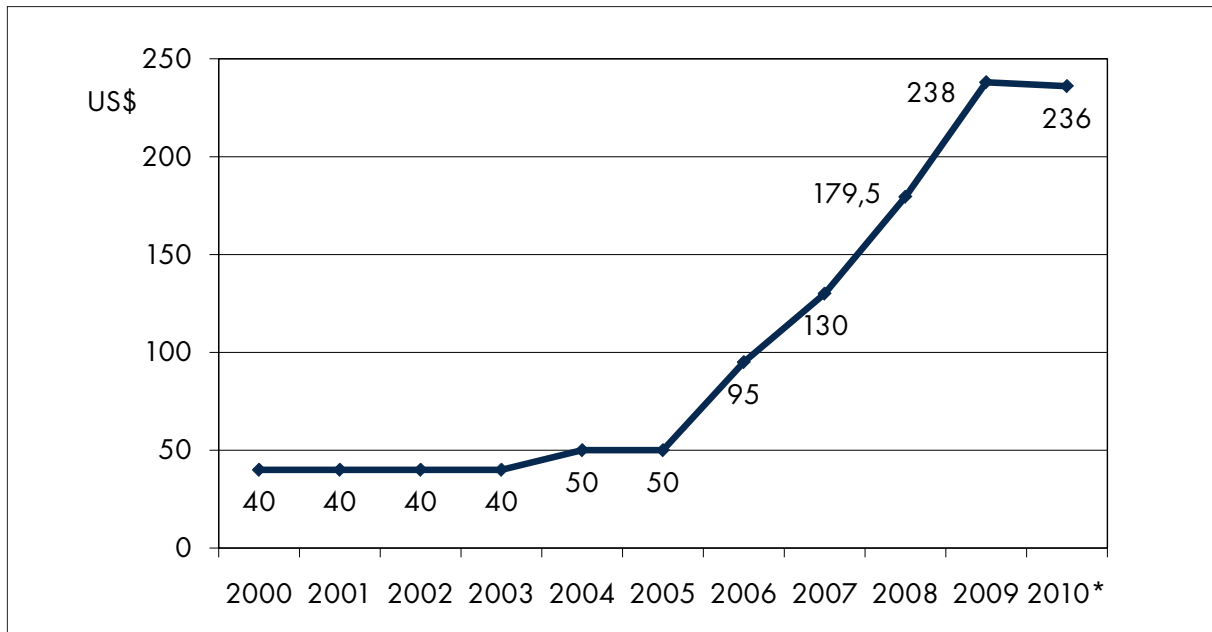
Tabellen und Grafiken zum Text

Der russisch-ukrainische Erdgashandel

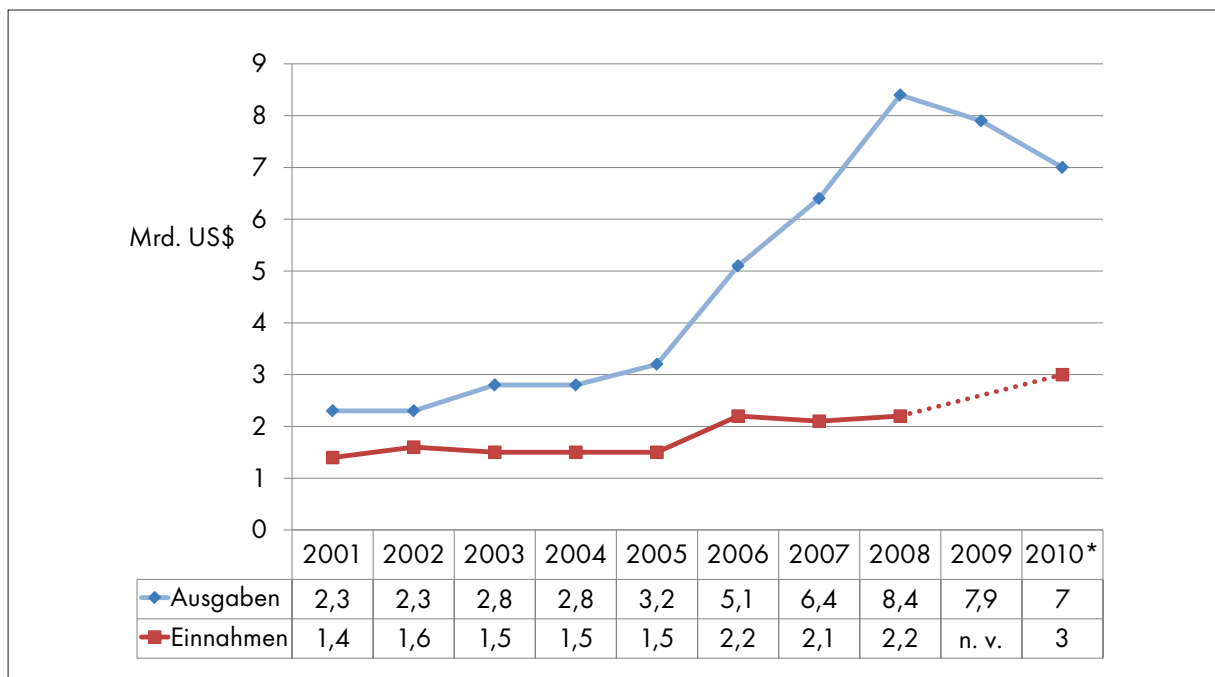
Grafik 1: Russische Lieferpreise für Erdgas in der GUS, Anfang 2010
(einschließlich Transit und Zöllen, in US-Dollar pro 1000 m³)



Quelle: Kenan Aslanli, Public Finance Monitoring Center, Baku

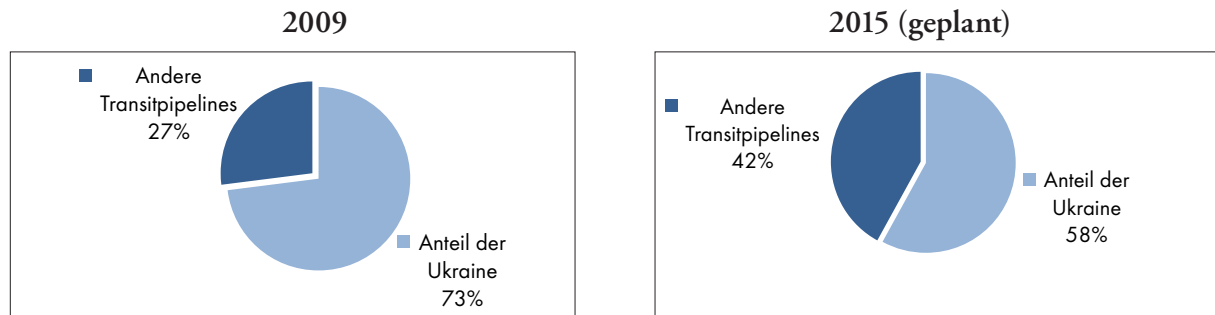
Grafik 2: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2010 (in US-Dollar pro 1000 m³)


* = geschätzt; Quellen: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf für 2001–2008; Katerina Malygina für 2009 und 2010.

Grafik 3: Ukrainische Ausgaben für Erdgasimporte und Einnahmen durch Transit von Erdgas (Mrd. US-Dollar)


n. v. = nicht verfügbar; * = Schätzung

Quellen: Simon Pirani, Oxford Institute for Energy Studies, für 2001–2008; Katerina Malygina für 2009 und 2010.

Grafik 4: Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas


Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung; siehe Tabelle 1 unten.

Tabelle 1: Gazproms Exportrouten nach Europa (Pipelinekapazitäten in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2009	Kapazität 2015 (geplant)
Bruderschaft/Union (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130	130
Nordlicht (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25	25
Trans-Balkan (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20
Finland Connector (Sowjetisches Pipelinennetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28
Blue Stream (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16
Nord Stream (Inbetriebnahme geplant für 2012)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28
South Stream (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mitteleuropa	–	35
Gesamtkapazität		239	302

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Analyse

»Modernisierung« des Systems: Die Wirkung der Orangen Revolution auf Russland

Von Jonas Grätz, Oslo

Zusammenfassung

Aufbauend auf einer Analyse des russischen Mediendiskurses über die Orange Revolution untersucht dieser Beitrag die Auswirkungen der Revolution auf die Strategien der russischen Elite und die Rahmung des öffentlichen Diskurses in Russland. Das Kernargument ist, dass die Revolution sowohl für die politische Elite als auch für den Diskurs in Russland ein Schlüsselerlebnis gewesen ist. Der Diskurs war dabei zweigeteilt zwischen einer primären geopolitischen Rahmung, die den Zielen der russischen Elite in der Ukraine diente, und einer weniger prominenten ordnungspolitischen Rahmung, die der russischen Öffentlichkeit Raum zur Reflexion über das eigene politische System gab. Allerdings konnte die russische Elite ihr Herrschaftssystem erfolgreich an die neuen Bedingungen anpassen und dadurch die Wirkung der Revolution als ein Identifikationsereignis für die russische Bevölkerung erfolgreich verhindern.

Perfektion der Machtvertikale: Die Antwort der russischen Elite

Die Orange Revolution in der Ukraine stellte einen Schock für die russische politische Elite dar. Erstens gehörte die öffentliche Massenmobilisierung nicht zu den vorhergesehenen Szenarien und zweitens hatte die finanzielle Unterstützung aus Russland für die Kampagne von Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch eine im postsowjetischen Raum beispiellose Höhe erreicht. Man rechnete mit dem gewünschten Erfolg, da es lediglich darauf anzukommen schien, wer das Land als nächstes führen würde. Nach den gefälschten Wahlen stellte sich jedoch heraus, dass es bei der Auseinandersetzung um etwas anderes ging.

Die orange Bewegung wollte nicht nur Viktor Juschtschenko an die Macht bringen, sondern sie rang um die Spielregeln der Auseinandersetzung selbst. Dabei ging es nicht um eine Änderung der formalen Spielregeln, wie etwa der Verfassung, sondern darum, diesen Regeln überhaupt erst Geltungskraft zu verleihen. Ziel war es also vielmehr die Regierungsform zu demokratisieren als nur einen anderen Kandidaten an die Macht zu bringen.

Die russische Elite nahm diese neue Situation als Katastrophe wahr. Nicht nur ihre eigene Strategie lag in Scherben und das investierte Kapital war verloren. Mit Blick auf den russischen politischen Kontext hatten die Entwicklungen in der Ukraine das Potenzial, zentrale Säulen des russischen Herrschaftssystems zu zersetzen. Erstens war die Mobilisierung eine echte politische Massenmobilisierung, die auf spontanen Entwicklungen beruhte. Die revolutionäre Bewegung wurde von Aktivistinnen der Jugendorganisation »Pora« unterstützt, die wiederum von serbischen und westlichen Nichtregierungsorganisationen geschult worden waren. Des Wei-

teren wurden neue Informationstechnologien zur Koordination genutzt, ebenso persönliche Kontakte, wobei diese Netzwerke kaum durch administrative Mittel kontrolliert und gesteuert werden konnten.

Zweitens verstanden sich die Revolutionäre als Kraft gegen die endemische Korruption und Betrug. Korruption wurde als systemisch angesehen und somit zu einem verbindenden Thema bei der Massenmobilisierung gegen die ukrainische politische und wirtschaftliche Elite als auch gegen das System, das diese errichtet hatte. Dadurch wurde das regimestabilisierende Konzept von Korruption in Russland in Frage gestellt: Hier ist die vorherrschende Meinung, dass Korruption vom administrativen Apparat ausgeht, gegen den sowohl die Bevölkerung als auch die politische Elite einen fortwährenden mühseligen Kampf führen.

Drittens verfolgte Juschtschenko einen prowestlichen Kurs, der auch die Integration in die EU beinhaltete. Die russische Elite wertete dieses Vorhaben als Bedrohung der eigenen Integrationsziele im postsowjetischen Raum. Darüber hinaus stand Juschtschenko für ein Nationsbildungsprogramm, das insbesondere eigenständige kulturelle Symbole der Ukraine in den Vordergrund rücken sollte. Insgesamt war die orange Bewegung also nicht nur eine Gefährdung für die Pläne der russischen Elite in Bezug auf den postsowjetischen Raum, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung des gesamten russischen Entwicklungsmodells, das auf einer Bevorzugung von Stabilität und autoritärer Modernisierung gegenüber spontanen Prozessen und demokratischen Verfahren beruht.

Die Reaktion der russischen Elite fiel dann ebenso entschieden und klar aus wie die Bedrohung selbst. Zunächst wurden in präemptiver Absicht »konterre-

volutionäre« Jugendorganisationen wie »Naschi« oder »Molodaja Gwardija« gegründet. Diese Gruppen sollten dem jugendlichen Teil der Bevölkerung, dessen politische Ansichten noch am leichtesten geformt werden können und daher als Risikogruppe angesehen wurde, eine »patriotische«, dem Regime gegenüber loyale Heimat bieten. Ergänzend dazu wurden Gesetze verabschiedet, die eine Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland erschwerten. Außerdem wurde das Budget für die innere Sicherheit erhöht und die Kontrolle über die Presse und das Internet verstärkt. Auf diese Weise konnte die russische Opposition, die nach der Orangen Revolution etwas an Kraft gewonnen hatte, erfolgreich marginalisiert werden. Sie spielte schließlich in den Wahlen im Jahre 2008 keine Rolle mehr.

Die russische Elite lernte aus ihrem fehlgeschlagenen Versuch, Janukowitschs Sieg mit allen Mitteln herbeizuführen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2010 wurde nicht mehr direkt Einfluss zugunsten eines Kandidaten ausgeübt. Stattdessen wurde mit indirekten Mitteln versucht, Juschtschenkos Position weiter zu schwächen und damit seine Wiederwahl auszuschließen. Mit Janukowitsch scheint die russische Elite nun einen offenen Bewunderer des russischen Entwicklungsmodells an ihrer Seite zu haben und neben dem Präsidenten sind auch in der neuen Regierung bekannte Gesichter aus der Zeit vor der Revolution vertreten.

Die russische politische Elite konnte folglich von der Revolution lernen und das politische System vorerst gegen die möglichen Gefahren immunisieren. Doch wie hat die russische Bevölkerung auf die Orange Revolution reagiert? Eröffnete sie einen neuen Raum für Reflexion und autonome politische Artikulation oder konnte die Elite die Diskussion erfolgreich einhegen? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

Die Zweiteilung des öffentlichen Diskurses

Diese Medienanalyse versucht die »Rahmen« zu erschließen, die von Journalisten und Kommentatoren genutzt werden, um der Orangen Revolution eine bestimmte Bedeutung zu verleihen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass die Wirklichkeit nicht als solche repräsentiert werden kann, sondern vom Textproduzenten verarbeitet wird. Dieser nutzt dabei bestimmte Annahmen über die Realität und über kausale Mechanismen, die beobachtete Fakten und Ergebnisse miteinander verbinden. Diese Annahmen sind jedoch nicht individuell, sondern entstammen zum Großteil dem öffentlichen Diskurs. Dies ist sogar eine notwendige Bedingung dafür, dass der Text auf Verständnis stoßen kann. Rahmen sind demzufolge kohärente Annahmen

über die Wirklichkeit, die im öffentlichen Diskurs verankert sind und einen Text strukturieren.

Die Analyse, auf der dieser Beitrag basiert, wurde von Oktober 2004 bis Januar 2005 durchgeführt und deckt das populäre Boulevardblatt »Komsomolskaja Prawda« und die liberale Qualitätszeitung »Nesawisimaja Gaseta« ab. Die Wahlen in der Ukraine und die anschließenden öffentlichen Demonstrationen erhielten im Untersuchungszeitraum insgesamt starke Medienaufmerksamkeit. In den beiden ausgewählten Zeitungen nahmen die Ereignisse ungefähr 4 % der Berichterstattung ein. Als die Protestaktivitäten Ende November ihren Höhepunkt erreichten, nahmen auch die Zeitungsartikel stark zu – häufig wurden mehr als zehn Artikel zum Thema pro Ausgabe veröffentlicht, ungefähr ein Viertel der gesamten Berichterstattung.

Die Analyse zeigte, dass es zwei dominante Rahmen der Orangen Revolution gegeben hat: Der eine Rahmen ist mit dem russischen Elitendiskurs und seinen Intentionen kompatibel und konzipiert die Ukraine als ein Objekt, das durch den Westen von Russland entfernt wird; der andere sieht die Demonstrationen als demokratische Manifestation an. Interessanterweise gab es in Bezug auf diese Rahmen keine großen Unterschiede zwischen den Zeitungen. Der erste Rahmen war in etwas weniger als der Hälfte der analysierten Artikel zu finden, der zweite in weniger als einem Drittel.

Der dominante »geopolitische« Rahmen betont die widerstreitenden Interessen zwischen Russland und »dem Westen«. In diesem Verständnis haben beide Akteure inkompatible Ziele, die zu einem Nullsummenspiel bezüglich der zukünftigen Ausrichtung der Ukraine führen. Das Land und seine Bevölkerung werden als ein von außen manipuliertes Objekt dargestellt. Artikel, die mit diesem Rahmen arbeiten, nutzen häufig militärisches Vokabular und stellen die Wahl als einmalig und unumkehrbar dar. Insgesamt sieht dieser Rahmen die Orange Revolution also nicht als eine Auseinandersetzung über Regeln für die Ausübung von Politik an, sondern als ein Werkzeug in der Hand »des Westens«, der seine Einflussphäre ausweiten will. Gleichzeitig wird das russische Vorgehen in der Ukraine häufig als legitime Gegenaktion präsentiert, die notwendig ist, um die Ukraine vor »dem Westen« zu retten. Es ist deutlich, dass dieser Rahmen den Bedürfnissen der russischen Elite entspricht: Erstens lenkt er die Aufmerksamkeit von den politischen Zielen der Revolution ab. Damit wird die Revolution als ein mögliches Handlungsmodell für die russische Gesellschaft disqualifiziert und auch eine mögliche Selbstreflexion verhindert. Zweitens verbindet dieser Rahmen die russische

Bevölkerung mit der Elite, indem das »Geopolitische« der Konfrontation betont und das Ergebnis als absolut und unumkehrbar dargestellt wird. Beides hat legitimierende Funktion für die Handlungen der russischen Elite in Bezug auf die Ukraine und lenkt die Aufmerksamkeit weg von internen Konflikten. Drittens wurde durch die Darstellung »des Westens« als Akteur, der die Ukraine Russland endgültig entreißen will, die Wahrnehmung der Kluft zwischen Russland und »dem Westen« gestärkt, wodurch eine Identifikation mit westlichen Werten und Zielen unmöglich wurde.

Der zweite Rahmen hingegen betont die ordnungspolitischen Ursprünge der Orangen Revolution, die hier als eine Auseinandersetzung über die Mittel und Ziele politischen Wettbewerbs geführt wird. In diesem Rahmen wird Politik nicht als ein von oben nach unten gerichteter, administrierter Vorgang verstanden, sondern als ein von sozialen Akteuren ausgehandelter Prozess. Daher werden die Proteste als Emanzipation der Gesellschaft und als Möglichkeit dargestellt, politische Interessen gegen korrupte und autoritäre Herrscher durchzusetzen. Einige Artikel diskutieren verschiedene mögliche Ordnungsprinzipien einer Gesellschaft, unter anderem die Demokratie. »Der Westen« wird hier nicht als ein Akteur gezeigt, der die Ukraine von Russland entfernt, sondern als ein Entwicklungsmodell, das die Ukrainer sich gewählt haben. Artikel mit diesem Rahmen fragen auch nach Implikationen für den russischen Kontext und diskutieren die Bedeutung der Revolution für die weitere Entwicklung Russlands. Ebenso wird eine mögliche Anpassung Russlands an die neuen ukrainischen Gegebenheiten diskutiert. In diesem Kontext wird »der Westen« nicht als ein Gegner verstanden, sondern als ein Objekt positiver Identifikation. Folglich werden viele Handlungen der russischen Elite als kontraproduktiv eingestuft. Zum Beispiel wird die unverblühte Einmischung in den Wahlprozess als undemokratische

Methode bewertet, die zur Entfremdung der ukrainischen Gesellschaft von Russland beiträgt.

Schlussfolgerungen

Die Analyse zeigt, dass die russischen Medien fundamental unterschiedliche Rahmen verwendeten, um die Orange Revolution zu deuten. Der tiefe Graben zwischen den beiden am häufigsten verwendeten Rahmen deutet darauf hin, dass es weder eine stabile demokratische Identität in Russland gegeben hat, noch eine vollständige Übereinstimmung mit der geopolitischen Deutung, die der russischen Elite entgegenkommt. Die Orange Revolution führte daher nicht nur zu einer Verstärkung geopolitischen Denkens und zur Entfremdung vom »Westen«, sondern auch zu Reflexion über Russlands eigenes politisches System und über Entwicklungsmöglichkeiten in eine ähnliche Richtung.

Die russische politische Elite sah die Gefahren einer solchen Rahmung der Ereignisse für die Stabilität des Systems und reagierte mit den oben umrissenen Maßnahmen. Auch hat sich die politische Realität in der Ukraine nicht so entwickelt, wie die Revolutionäre es sich vorgestellt hatten. Zwar konnte die Orange Revolution zu einer Stärkung formaler Regeln in der politischen Auseinandersetzung beitragen, die anhaltenden Elitenkonflikte blockierten jedoch weitgehend eine rationale Politik und hatten eine hohe Volatilität politischer Entscheidungen zur Folge. Dementsprechend kann die russische politische Elite die Ukraine wiederum als stützenden Faktor für das eigene Regime nutzen, indem sie die Gefahr einer »Ukrainisierung« der Politik heraufbeschwört, die das »Chaos« in Putins Machtvertikale importieren würde. Während also die Elite von der Orangen Revolution lernen konnte, wurde sie als Identifikationsquelle für die Bevölkerung weitgehend disqualifiziert.

Über den Autor:

Jonas Grätz ist im Rahmen des Yggdrasil-Stipendienprogramms des Norwegian Research Council Gastforscher am Norwegian Institute for Defence Studies (IFS) in Oslo und Promotionsstipendiat des Forums Ebenhausen an der SWP in Berlin, Forschungsgruppe Russland/GUS. Sein Dissertationsprojekt an der Universität Frankfurt/M beschäftigt sich mit den Internationalisierungsstrategien russischer Öl- und Gaskonzerne.

Die vollständige Analyse der russischen Mediendiskurse wurde publiziert in:

Grätz, Jonas 2009: Zwischen Macht- und Ordnungspolitik. Russländische Mediendiskurse über die »orangene Revolution«, in: Melanie Tatur (Hg.): Nationales oder kosmopolitisches Europa? Fallstudien zur Medienöffentlichkeit in Europa, VS Verlag, Wiesbaden, S. 264–284.

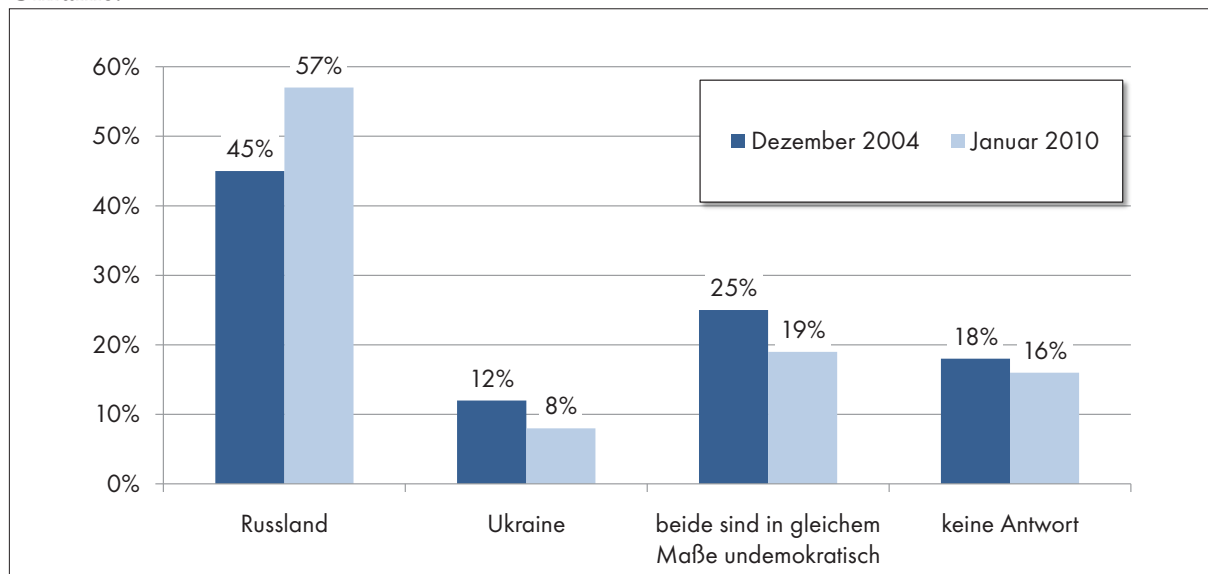
Lesetipp:

Umland, Andreas: Orange Revolution als Scheideweg, in: Osteuropa, Vol. 59, Nr. 11, 2009, S. 109–120.

Grafiken zum Text

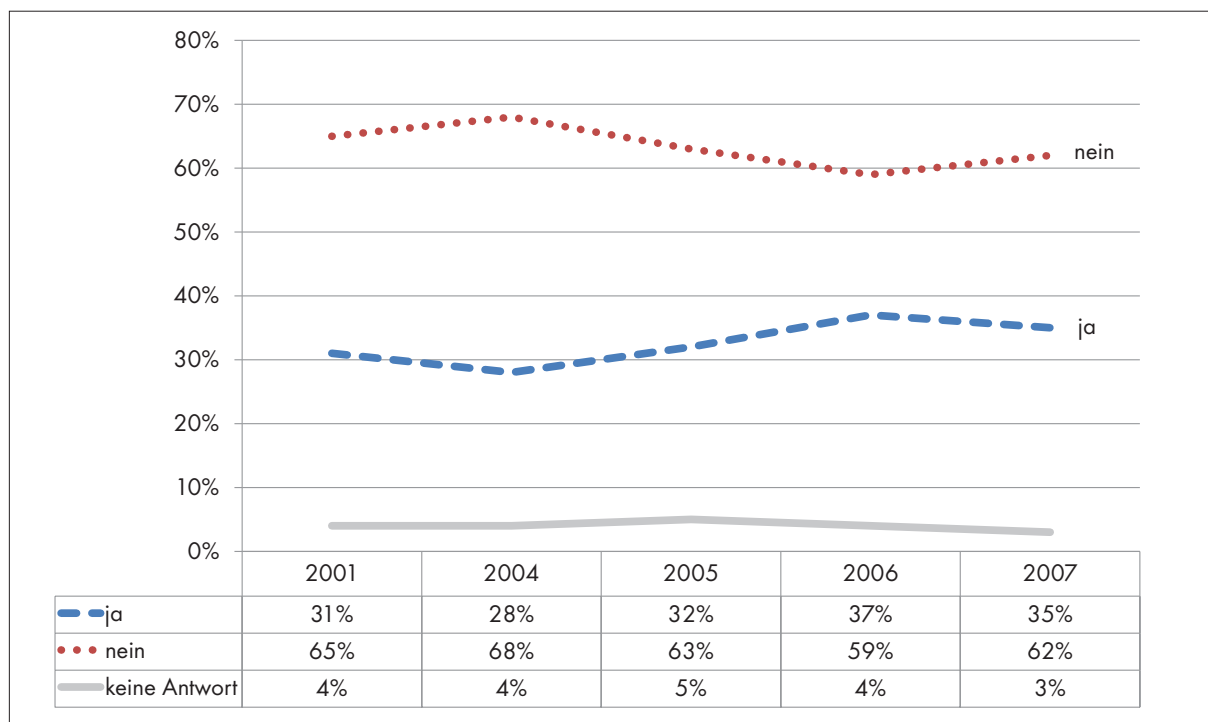
Die Ukraine aus Sicht der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Was meinen Sie, welches der beiden Länder ist demokratischer, Russland oder die Ukraine?



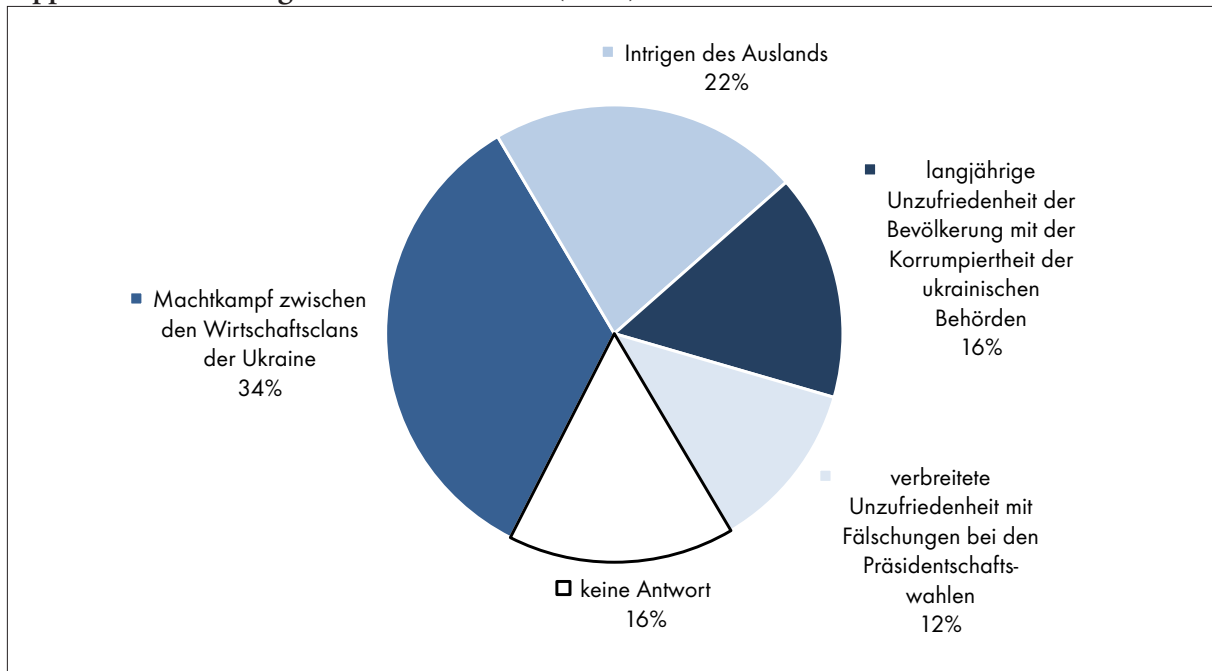
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 29.1. bis 1.2.2010, <http://www.levada.ru/press/2010022605.html>

Grafik 2: Betrachten Sie die Ukraine als Ausland?

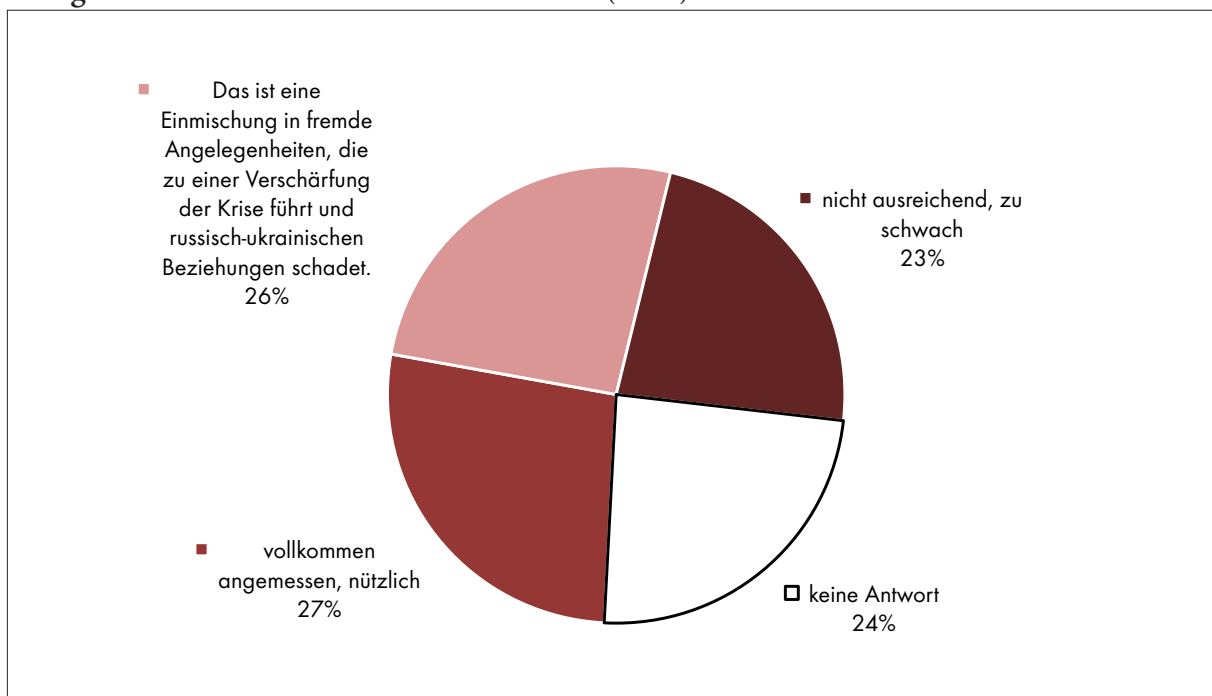


Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, veröffentlicht am 23.8.2007, <http://www.levada.ru/press/2007082302.html>

Grafik 3: Was denken Sie, was ist der Hauptgrund für die derzeitige Konfrontation zwischen Opposition und Obrigkeit in der Ukraine? (2004)



Grafik 4: Wie würden Sie die Äußerungen und Handlungen der russischen Machthaber in Bezug auf die Krise in der Ukraine beurteilen? (2004)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 10. bis 14.12.2004, <http://www.levada.ru/press/2004121601.html>

Analyse

Spannungen mit Belarus: Energiestreit statt Zollunion

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Vom 21. bis 24. Juni 2010 eskalierte erneut ein Energiekonflikt zwischen Russland und Belarus. Ausgangspunkt war ein Streit über russische Exportzölle auf Erdöl und Erdölprodukte im Rahmen der Verhandlungen über eine Zollunion. Als die beiden Seiten keine Lösung finden konnten, griffen sie zur »Energiewaffe«. Russland reduzierte seine Erdgas-Lieferungen an Belarus, welches wiederum den Transit an europäische Kunden entsprechend reduzierte. Mittlerweile wird Belarus wieder in vollem Umfang mit Erdgas versorgt, aber die Ursachen des Konfliktes bleiben weiter bestehen.

Der russische Erdgashandel mit Belarus

Der aktuelle Gaskonflikt zwischen Russland und Belarus ist das Ergebnis einer ambivalenten Regelung der Energiebeziehungen zwischen den beiden Ländern und bei weitem nicht die erste Auseinandersetzung. Kristallisationspunkt des Konfliktes ist die 2002 vereinbarte Regelung des bilateralen Erdgashandels.

Damals wurde festgelegt, dass Belarus nur den subventionierten russischen Inlandspreis für Erdgas (und nicht den deutlich höheren russischen Exportpreis) zahlen muss. Belarus zahlte so z. B. 2006 mit knapp 50 US-Dollar je 1000 m³ Erdgas denselben Preis wie die russischen Verbraucher, während die Ukraine bereits fast das Doppelte und westeuropäische Erdgaskunden sogar 250 US-Dollar für russisches Erdgas bezahlen mussten. Als Gegenleistung für die Vorzugpreise verlangte der russische Erdgaskonzern Gazprom die Übernahme eines Anteils an dem staatlichen Betreiber der Erdgas-Transitpipelines in Belarus, Beltransgas, im Zuge der Privatisierung.

Belarus verzögerte jedoch zuerst die Privatisierung und war dann mit dem von Gazprom gebotenen Preis nicht einverstanden. Im Gegenzug beendete Gazprom die Belieferung von Belarus zu Vorzugpreisen und stellte dann zum Jahresbeginn 2004 die Erdgasversorgung von Belarus ein. Gazprom besaß jedoch damals noch kein Monopol auf den Erdgasexport und so übernahmen kleinere russische Erdgasfirmen das Geschäft mit Belarus. Ihre Exportquote reichte jedoch für eine dauerhafte Deckung des Gesamtbedarfs von Belarus nicht aus. Mitte 2004 einigte sich Belarus so mit Gazprom auf neue Erdgaspreise, wobei es gleichzeitig die Transitgebühren erhöhte. Die Privatisierung von Beltransgas wurde ausgeklammert.

In den folgenden zwei Jahren kam es dann zu grundlegenden Änderungen. Erstens erhielt Gazprom das Monopol auf russische Erdgasexporte, womit Belarus vollständig von Lieferungen des Konzerns abhän-

gig wurde. Zweitens beschloss die russische Regierung die Inlandspreise für Erdgas bis 2011 auf Marktniveau ansteigen zu lassen, wovon indirekt auch die Subventionierung der Lieferungen an Belarus betroffen war. Gleichzeitig entschied sich Gazprom, seine Lieferpreise innerhalb der GUS schrittweise an das europäische Niveau anzupassen, welches damals um ein Fünffaches über den belarussischen Preisen lag.

Vor diesem Hintergrund versuchte Gazprom erneut, die Kontrolle über Beltransgas zu übernehmen, indem der Konzern anbot, die Kaufsumme mit den Erdgaslieferungen zu verrechnen. Nach zähen Verhandlungen wurde zum Jahresende 2006 ein neuer Vertrag unterzeichnet, der die russische Subventionierung der Erdgaspreise für Belarus bis 2011 schrittweise reduzierte. Im Mai 2007 wurde dann der Verkauf von 50 % der Aktien von Beltransgas an Gazprom für 2,5 Mrd. US-Dollar vereinbart, der ebenfalls schrittweise bis 2010 erfolgte.

Probleme auch beim Erdöl

Die Wurzeln des Erdölstreits zwischen Russland und Belarus liegen bereits im Jahre 1995, als ein bilaterales Abkommen zur Schaffung einer Zollunion unterzeichnet wurde. Während die Zollkontrollen zwischen den beiden Ländern abgeschafft wurden, wurden die Zollsätze für Erdöl und Erdölprodukte aber nicht vereinheitlicht. Belarus nutzte vielmehr vertragswidrig niedrigere Exportzölle, um russische Erdölfirmen zur Belieferung seiner Raffinerien zu motivieren. Der Export von Erdöl und Erdölprodukten aus Russland über Belarus nach Europa, der nach Belarus zollfrei erfolgte und aus Belarus dann vom niedrigeren Zollsatz profitierte, machte Belarus seit Ende der 1990er Jahre zu einem großen Exporteur von Erdölprodukten und die erdölverarbeitende Industrie wurde zur profitabelsten Branche des Landes.

Mit steigenden Weltmarktpreisen wuchsen auch die Zolleinnahmen, die dem russischen Staat durch die Erd-

ölverarbeitung in Belarus verloren gingen. 2004 verlangte Russland so zum ersten Mal von Belarus die Einhaltung der Zollabkommen. Verhandlungen über eine neue Regelung des Reexportes russischer Erdölprodukte begannen im Herbst 2006. Da Belarus jedoch seine günstigeren Zollsätze beibehielt, reagierte Russland zum Jahresbeginn 2007 mit der Einführung eines Zolles für Erdöllieferungen nach Belarus, der die Einnahmeverluste kompensieren sollte. Belarus reagierte jedoch sofort mit der Einführung einer Zollabgabe auf den russischen Erdöltransit. Dies führte zu einer Aussetzung des Transits an europäische Abnehmer, insbesondere Polen. Erst nach 10 Tagen einigten sich die beiden Länder auf die Abschaffung des Transitzolls, was eine Wiederaufnahme der Erdöllieferungen ermöglichte.

Eskalation 2010

Mit dem Auslaufen des alten Erdölvertrages zum Jahresende 2009 verlangte Belarus erneut eine Abschaffung der russischen Zölle auf Erdöllieferungen an die Raffinerien des Landes. Russland wollte nur Erdölimporte im Umfang von 6 Mio. Tonnen für den Eigenbedarf zollfrei nach Belarus lassen, während für die weiteren Exporte von etwa 15 Mio. Tonnen Zoll erhoben werden sollte. Belarus hingegen berief sich auf die Zollunion mit Russland und Kasachstan, die ursprünglich zum Jahresbeginn 2010 in Kraft treten sollte, und verlangte eine grundsätzliche Abschaffung der Zölle.

Russland kürzte daraufhin zum Jahresbeginn 2010 seine Erdöllieferungen nach Belarus und führte zusätzlich einen Exportzoll auf Erdölprodukte ein. Folge waren steigende Preise für Erdölprodukte auf dem belarussischen Binnenmarkt und Verluste der Raffinerien des Landes. Im Gegenzug erhöhte Belarus die Transitgebühren für russisches Erdöl einseitig um 11 %.

Da Russland am längeren Hebel saß, wurden Ende Januar die russischen Bedingungen vertraglich festgeschrieben. Die von Russland angestrebte Übernahme der belarussischen Raffinerien gelang jedoch nicht, da Belarus hierfür als Voraussetzung die Abschaffung aller Zölle verlangte. Im März klagte Belarus vor dem Wirtschaftsschiedsgericht der GUS, das ab Juni auch das Schiedsgericht der Zollunion sein sollte, gegen die russischen Zölle. Das Gericht entschied jedoch, erst im September mit dem Verfahren zu beginnen.

In Reaktion hierauf nahm Belarus am 28. Mai nicht am Gipfeltreffen mit Russland und Kasachstan teil, auf dem die letzten Vereinbarungen zur Realisierung der trilateralen Zollunion getroffen werden sollten. Im Ergebnis einigten sich Russland und Kasachstan auf eine Zollunion ohne Einbeziehung von Belarus.

Belarus verfolgte nun eine doppelte Strategie. Einerseits wurde die Mitwirkung an der Zollunion wieder aufgenommen. Das Parlament setzte die Ratifizierung des Abkommens zur Zollunion für den 10. Juni auf die Tagesordnung. Andererseits wurden wieder bilaterale Verhandlungen mit Russland über die Abschaffung der Zölle auf Erdöl und Erdölprodukte geführt. Als Gespräche von Alexander Lukaschenko mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew und dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin keine Ergebnisse brachten, vertagte das belarussische Parlament die Ratifizierung der Zollunion. Am 15. Juni stellte Medwedew Belarus dann ein Ultimatum. Falls Belarus seine Schulden von 190 Mio. US-Dollar für russische Erdgaslieferungen nicht innerhalb von fünf Tagen begleichen werde, werde Russland seine Erdgaslieferungen um 85 % kürzen. Die Schulden ergaben sich daraus, dass Belarus 2010 weiterhin den alten Gaspreis von 150 US-Dollar pro 1000 m³ bezahlte, während der vertraglich vereinbarte Preis im zweiten Quartal 2010 bereits auf 184 US-Dollar gestiegen war.

Belarus verlangte im Gegenzug unter Verweis auf die Zollunion die Abschaffung der russischen Zölle auf Erdölprodukte und forderte von Gazprom die Begleichung von 200 Mio. US-Dollar Schulden für den Erdgastransit. Gazprom warf Belarus vor, die Überweisung des Geldes zu blockieren.

Da das russische Ultimatum auf diese Weise ergebnislos verstrich, forderte Medwedew Gazprom auf, die Erdgaslieferungen an Belarus zu reduzieren. Innerhalb von drei Tagen wurde eine Reduzierung um 60 % vorgenommen. Bereits am zweiten Tag ordnete Lukaschenko die Einstellung des Erdgastransits an, bis Gazprom seine Schulden beglichen habe. Tatsächlich reduzierte Belarus den Transit allerdings nur proportional zu den russischen Kürzungen.

Am 24. und 25. Juni beglichen Belarus und Gazprom die **jeweiligen Schulden. Es verblieb nur eine belarussische Forderung** von 32 Mio. US-Dollar, die von Gazprom aufgrund einer anderen Interpretation der Berechnung der Transitgebühr nicht anerkannt wurde. Eine vorläufige Einigung über eine Konkretisierung der Transitgebühr wurde erreicht, aber bisher noch nicht unterschrieben. Gleichzeitig entstanden Gerüchte, dass Gazprom kurzfristig den Erdgastransit durch die Ukraine zu Lasten von Belarus erhöhen will.

Ausblick

Die erneute Eskalation entstand vor allem durch die Sturheit beider Seiten. Der grundlegende Konflikt ist jedoch seit Jahren derselbe. Belarus verlangt unter Ver-

weis auf die Zollunion Vorzugspreise bei Erdöl und Erdgas. Russland will diese jedoch nur im Austausch gegen Eigentumsrechte an belarussischen Pipelines und Raffinerien gewähren. Jede Seite fordert dabei mehr, als die andere zu gewähren bereit ist.

Gazprom ist seit der Übernahme von 50 % an Beltransgas in diesem Jahr noch selbstbewusster geworden. Lukaschenko hingegen will offensichtlich vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr nicht als der Organisator eines Ausverkaufs an Russland erscheinen. Auch der Import von Erdöl aus Venezuela, wenn auch bisher eher von symbolischer Bedeutung, dürfte das Selbstbewusstsein von Lukaschenko gestärkt haben. Gleichzeitig

hat die globale Wirtschaftskrise die finanziellen Spielräume beider Seiten eingeschränkt. Gazprom hat im Exportgeschäft erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Nach einer Schätzung des IWF dürften sich die staatlichen Auslandsschulden von Belarus gegenüber 2008 in diesem Jahr verdreifachen.

Da der grundlegende Konflikt bezüglich der Lieferpreise und Zölle nicht gelöst wurde und die Zukunft der Zollunion mit Belarus weiterhin offen ist, dürfte eine erneute Verschlechterung der bilateralen Beziehungen mit neuen Eskalationen in absehbarer Zukunft zu erwarten sein.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

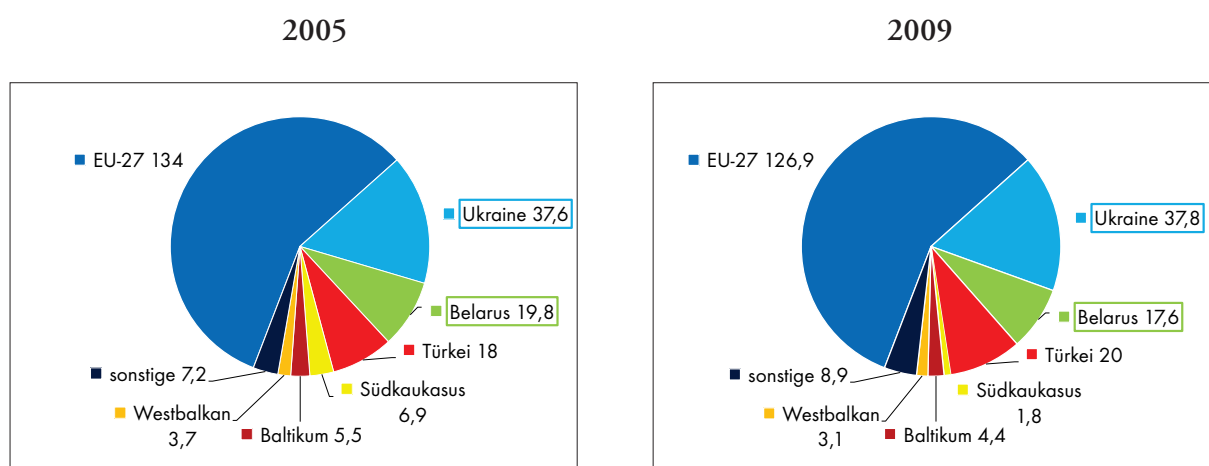
Über die Autorin

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen (www.laender-analysen.de/ukraine).

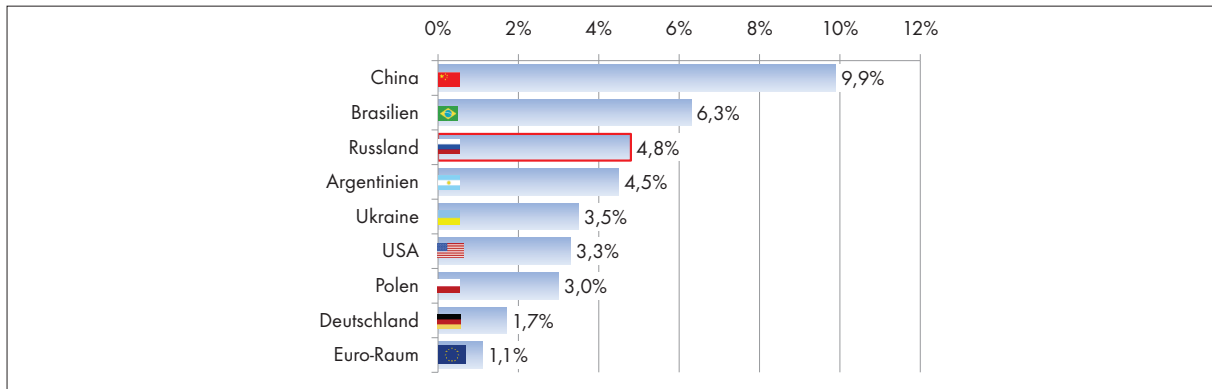
Lesetipp

Yafimava, Katja and Stern, Jonathan (2007): The 2007 Russia-Belarus Gas Agreement
http://www.oxfordenergy.org/pdfs/comment_0107-3.pdf

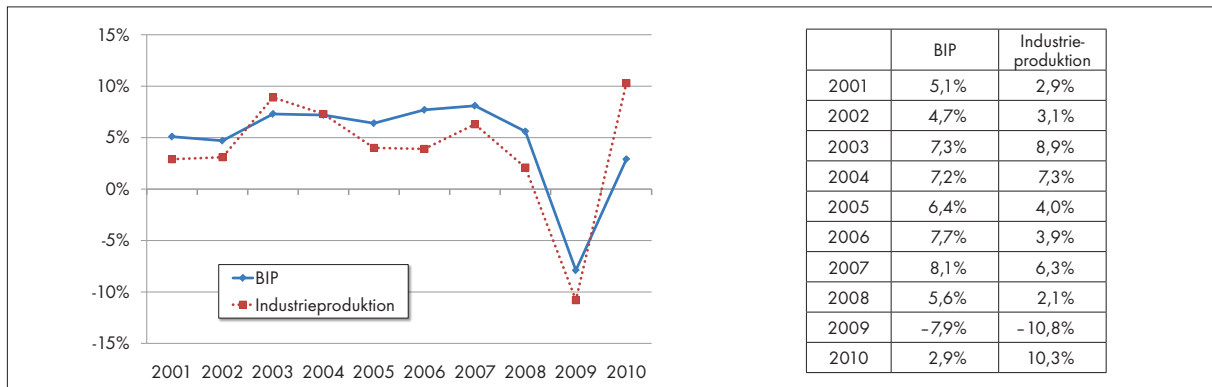
Gazproms Erdgasexporte nach Ländern (in Mrd. m³)



Quelle: Gazprom, *Gazprom in Figures 2005–2009*, Moskau 2010, S. 56,
http://www.gazprom.com/f/posts/05/285743/reference-figures-2005-2009_1.pdf

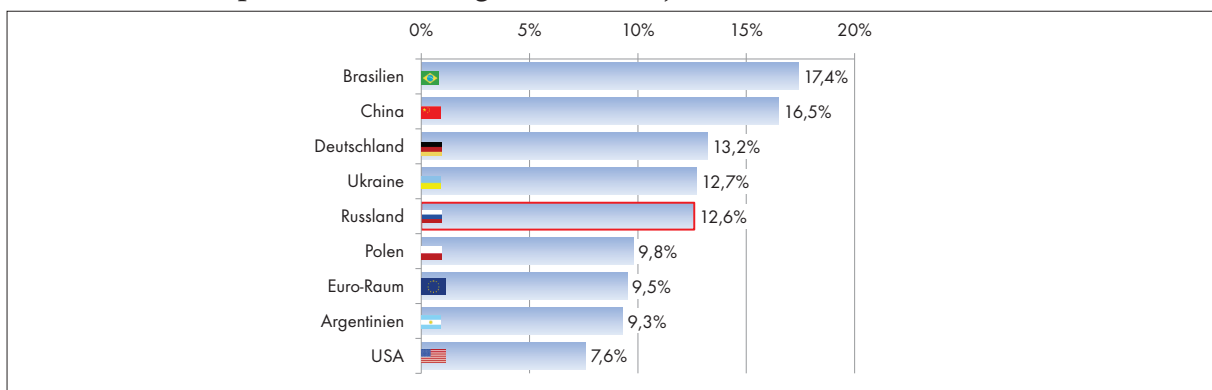
Statistik
Aktuelle Wirtschaftsdaten
BIP-Prognose für das Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr


Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

BIP und Industrieproduktion seit 2001


Anm.: Wert für 2010 für das 1. Quartal (BIP) bzw. die ersten 5 Monate (Industrieproduktion).

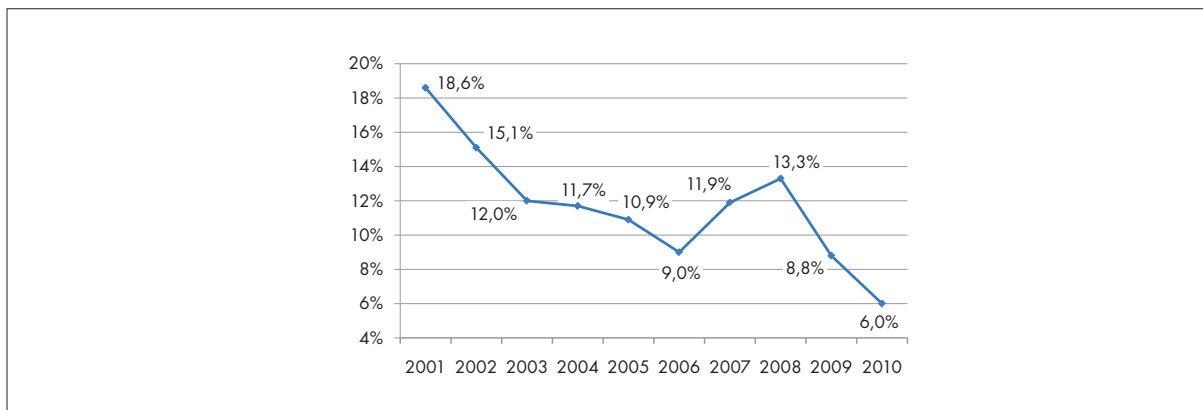
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Aktuelle Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat


Anm.: Werte für Mai bzw. bei Brasilien, Argentinien, Polen, Euro-Raum und Deutschland für April

Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

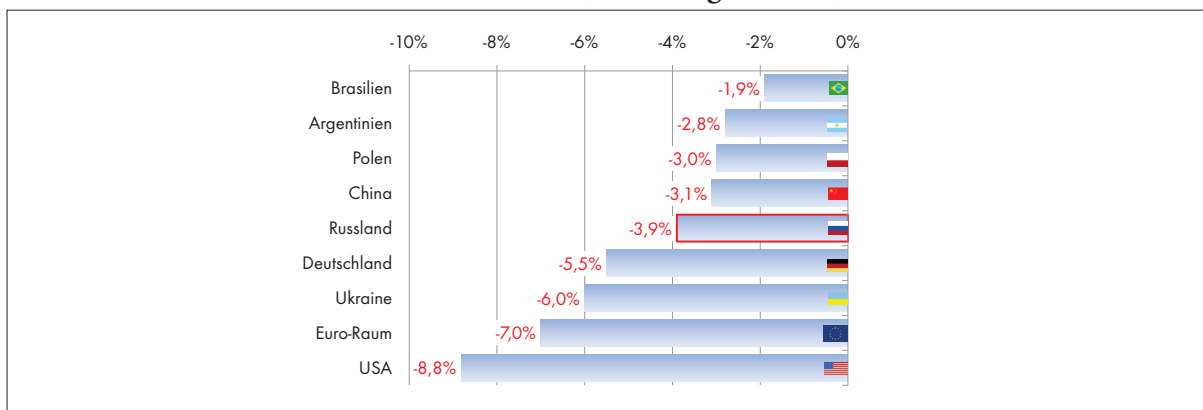
Inflationsrate seit 2001 (Konsumentenpreise zum Jahresende)



Anm.: Wert für 2010 zum Stand vom Mai.

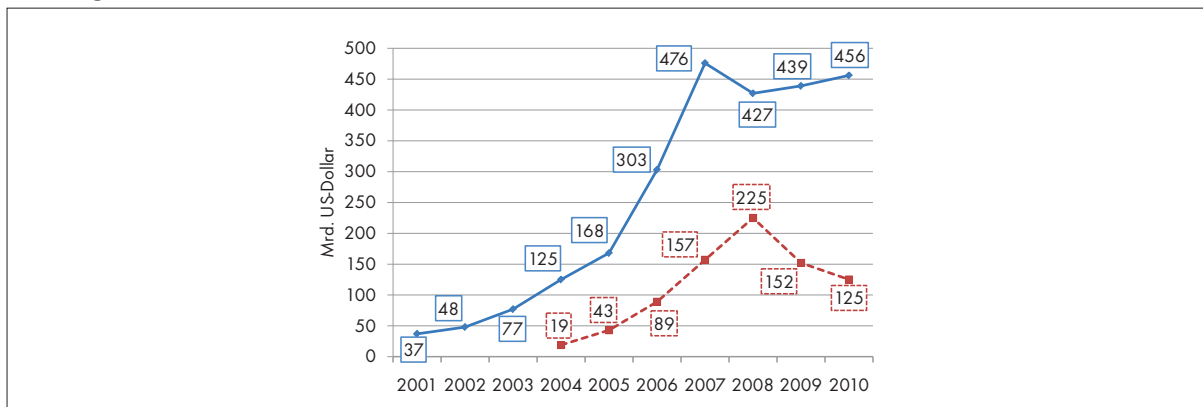
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofit.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Bilanz des Staatshaushalts als Anteil am BIP (Schätzung für 2010)



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

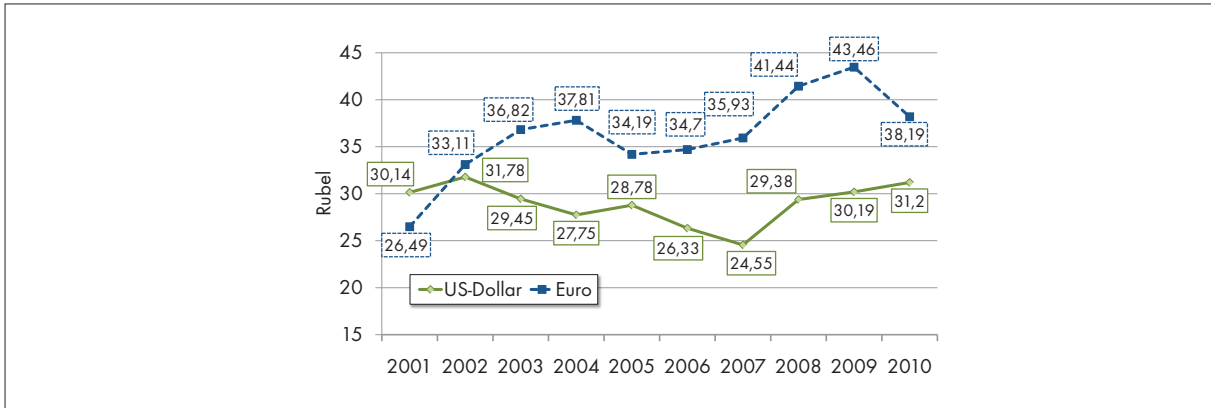
Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank sowie Wert der staatlichen Vermögensfonds seit 2001 (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)



Anm.: Werte für 2010 zum Stand vom Mai. Vermögensfonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfonds, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofit.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

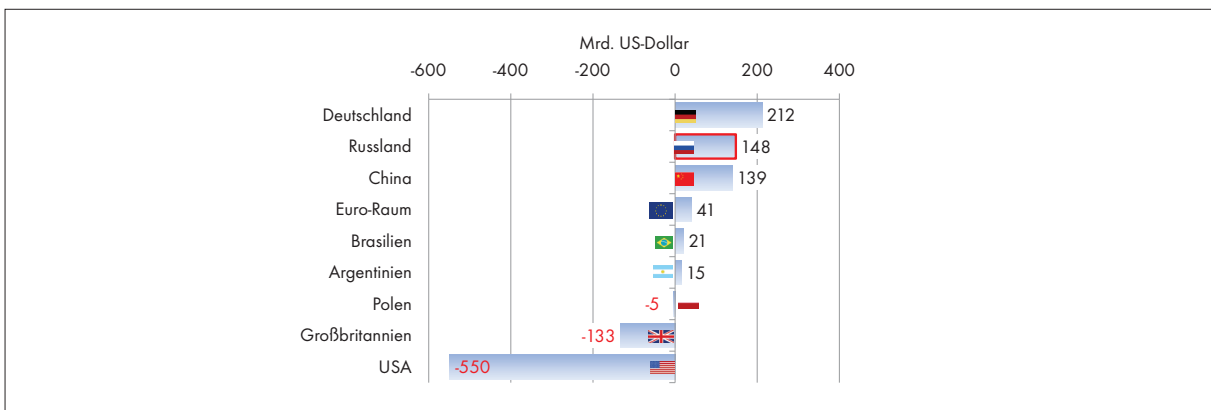
Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro seit 2001 (jeweils zum Jahresende)



Anm.: Wert für 2010 zu Ende Juni.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

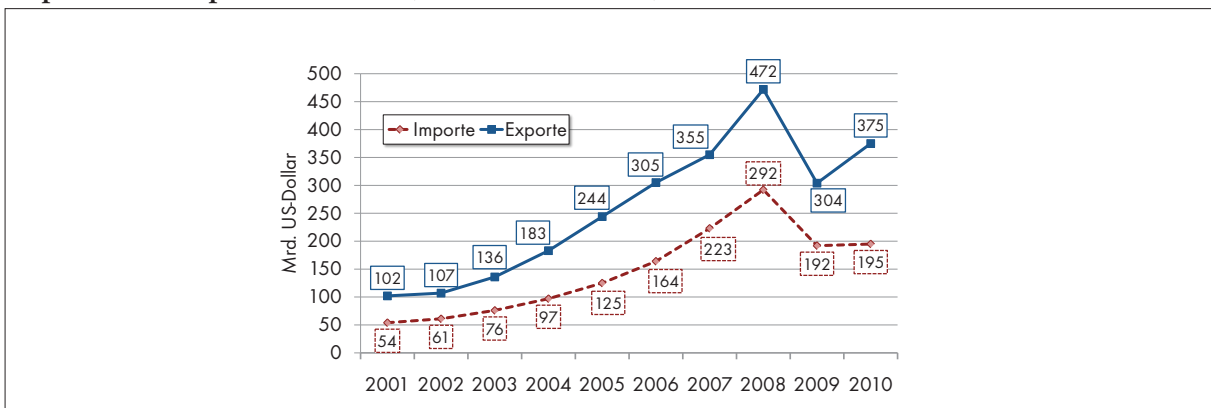
Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Anm.: Werte für April.

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Importe und Exporte seit 2001 (in Mrd. US-Dollar)



Anm.: Wert für 2010: Hochrechnung aufgrund der Zahlen der ersten 4 Monate.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Chronik

Vom 18. Juni bis zum 1. Juli 2010

18.6.2010	Im Vorfeld seiner Reise zum G8 und G20 Gipfel gibt Dmitrij Medwedew dem Wall Street Journal ein Interview.
19.6.2010	Dmitrij Medwedew übernimmt den Kuratoriumsvorsitz des Technologie-Innovationszentrums »Skolkowo«.
21.6.2010	Gazprom reduziert die Gaslieferung an Belarus um 15 %. Grund sind nicht bezahlte Schulden in Höhe von US\$ 200 Mio.
21.6.2010	Der Sperbankvorsitzende German Gref, von 1998 – 2000 stellvertretender Minister für die Verwaltung des Staatseigentums und von 2000 – 2007 Wirtschaftsminister der russischen Regierung, sagt im Verfahren gegen Michail Chodorkovskij und Platon Lebedew aus, dass er von einem Diebstahl über 350 Mio. Tonnen Öl, Anklagepunkt des Prozesses, nicht erfahren habe.
22.6.2010	Tod von Wladimir Gurkin, Autor des sowjetischen Kultfilms »Ljubov i Golubi« (1984).
22.6.2010	Viktor Christenko, von 1999 bis 2004 Stellvertretender Regierungsvorsitzender und von 2004–2008 Industrie- und Energieminister, sagt im Verfahren gegen Michail Chodorkovskij und Platon Lebedew aus, dass er von einem Diebstahl über 350 Mio. Tonnen Öl nichts wisse.
22.6.2010	Gazprom drosselt die Gaslieferung an Belarus auf Grund ausstehender Schulden um 30 %.
23.6.2010	Belarus reduziert den Gastransit nach Litauen und Kaliningrad um 30 %.
23.6.2010	Der Oberbefehlshaber der russischen Seekriegsflotte, Wladimir Wysozkij, kündigt an, dass die Schwarzmeerflotte bis 2020 15 neue Schiffe, darunter Fregatten und U-Boote, erhält.
23.6.2010	Marat Gelman, russischer Galerist, kündigt eine Neuauflage der Kunstausstellung »Verbotene Kunst« an, sollten die ehemaligen Kuratoren Andrej Jerofejew und Jurij Samodurov nicht von der Anklage der »Anstachelung zu nationalem und interreligiösem Zwist« freigesprochen werden. Die Ausstellung wurde 2007 im Moskauer Sacharow-Zentrum gezeigt, 130 gläubige Orthodoxe und Nationalisten klagten daraufhin gegen die Kuratoren.
23./24.6.2010	Dmitrij Medwedew auf Staatsbesuch in den USA. Erste Treffen finden in Kalifornien mit Experten im Silicon Valley statt. Medwedew wirbt um Partnerschaften im Hochtechnologiebereich. Er eröffnet einen Twitter-Account www.twitter.com/KremlinRussia und www.twitter.com/KremlinRussia_e .
24.6.2010	Gazprom überweist US\$ 228 Mio. für den Gastransit an Belarus. Minsk hatte US\$ 260 Mio. gefordert. Russisches Gas wird wieder zu 100 % geliefert.
25./26.6.2010	Dmitrij Medwedew nimmt am G8-Gipfel in Muskoka, Kanada teil.
26.–28.6.2010	Im Anschluss an den G8-Gipfel nimmt Dmitrij Medwedew am G20-Gipfel in Toronto teil.
26.6.2010	Dshamalutdin Dshawatow, Anführer der Karamachinsker Untergrundkämpfer, wird bei einer Spezialoperation in Dagestan getötet.
27.6.2010	Bei einer Spezialoperation werden in Derbent (Dagestan) zwei Untergrundkämpfer getötet.
29.6.2010	Die Industrieminister Russlands sowie der Ukraine unterzeichnen ein Rahmenabkommen zur Schaffung eines gemeinsamen Luftfahrtkonzerns mit dem Namen »Antonow AG«.
29.6.2010	In den USA werden zehn Personen wegen »Verschwörung zur unerlaubten Agententätigkeit« festgenommen, die angeblich für den russischen Auslandsgeheimdienst (SWR) arbeiteten.
29.6.2010	Der Oberste Gerichtshof in Russland bestätigt das Verbot der nationalistischen »Slawischen Bundes«.
29.6.2010	Bei einer Spezialoperation des FSB werden in der Region Nasran (Inguschetien) zwei Untergrundkämpfer getötet.

30.6.2010	Die UNESCO teilt der russischen Regierung ihre Besorgnis über die Situation am Weltkulturerbe Baikalsee mit. Mitte Juni hatte das Oberste Verfassungsgericht Russlands die erneute Inbetriebnahme des Zellulosekombinats in Baikalsk erlaubt. Die UNESCO wird auf ihrer Sitzung im Juli den Status des Baikalsees beraten.
30.6.2010	Bei einem Selbstmordattentat vor dem Konzertsaal in Grosny (Tschetschenien) werden fünf Menschen, darunter drei Milizionär, verwundet. Der tschetschenische Präsident Achmet Kadyrow wurde im Konzertsaal erwartet.
01.7.2010	Belarus erhöht zum 1. Juli 2010 die Transitgebühr für Ölprodukte um 12,7 % auf \$ 1,6 pro Tonne je 100 m ³ .
01.7.2010	Dmitrij Medwedew setzt Änderungen in der russischen Strafprozessordnung in Kraft, wonach Raidertum, die feindliche Übernahme von Besitz, Besitzrechten und Geldmitteln einer Firma, strafrechtlich verfolgt wird.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Pressemitteilung

Berlin, den 30. Juni 2010

Berthold-Beitz-Zentrum in Berlin gegründet

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



DGAP Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Deutsche Bank



- Früheres Russland/Eurasien-Zentrum der DGAP erhält neuen Namen
- Ehrung für eine große Persönlichkeit der Verständigung zwischen Ost und West
- Ost-Ausschuss und Deutsche Bank unterstützen Zentrum mit jährlich insgesamt 200.000 Euro

Ab dem 1. Juli 2010 trägt das Russland/Eurasien-Zentrum der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) den Namen »Berthold-Beitz-Zentrum – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien in der DGAP«.

»15 Jahre nach der Entstehung des Zentrums schlagen wir ein neues Kapitel auf und ehren einen Mann der Wirtschaft, dessen historische Mission es war, Brücken nach Polen, Russland und in andere osteuropäische Länder zu bauen. Diesem Lebenswerk fühlt sich das neue Berthold-Beitz-Zentrum verpflichtet«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold nach einem Treffen mit Beitz in der Essener Villa Hügel, mit dem die Gründung des Zentrums feierlich besiegelt wurde. Der Ost-Ausschuss und die Deutsche Bank unterstützen das Zentrum jeweils mit 100.000 Euro pro Jahr.

Der 1913 geborene Berthold Beitz hat als Generalbevollmächtigter von Alfried Krupp, dem letzten persönlichen Inhaber der Firma Krupp, und danach als Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung die Entwicklung der deutschen Wirtschaft entscheidend mitgeprägt und dabei in moralischer Hinsicht Maßstäbe gesetzt. Als kaufmännischer Leiter der Karpathen-Öl AG im polnischen Boryslaw hatte Beitz ab 1941 zusammen mit seiner Frau hunderte Juden vor dem Holocaust bewahrt. Nach dem Krieg baute Beitz mit einer strategisch durchdachten Osthandelspolitik Brücken über den Eisernen Vorhang. Während der offiziellen Politik im Kalten Krieg der direkte Kontakt verwehrt blieb, führte Beitz das Gespräch mit den Führern der kommunistischen Welt und wurde so zum Vorbereiter des späteren »Wandels durch Annäherung«.

»Das zukünftige Berthold-Beitz-Zentrum markiert eine Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Es ist eine Plattform für Begegnungen und ein Ort offener Aussprache zwischen den Ländern des Ostens und der deutschen Öffentlichkeit«, beschreibt Alexander Rahr, der langjährige Leiter des Programms Russland/Eurasien der DGAP, die Aufgaben seines Zentrums. »Diese Netzwerkfunktion sucht in Deutschland ihresgleichen.« Viele Präsidenten, Außenminister, Oppositions- und Wirtschaftsführer hätten bereits von ihr Gebrauch gemacht. Zudem bietet das Zentrum als Think-Tank eine Basis für schnelle Analysen und Handlungsoptionen, und werde bereits jetzt von der Politik, internationalen Unternehmen und Medien ständig nachgefragt.

Der Ost-Ausschuss Vorsitzende Mangold nennt drei Ziele, an denen sich das Berthold-Beitz-Zentrum orientiert:

- »Es gibt keine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilität in Europa ohne eine Einbindung Russlands und der Ukraine.
- Mit den Staaten in Zentralasien benötigen wir eine enge strategische Partnerschaft, die wir auch über enge Wirtschaftsbeziehungen herstellen.
- Der Grundsatz der Osthandelspolitik von Berthold Beitz »Wandel durch Handel« bleibt ein Erfolgsrezept für das deutsche Engagement im östlichen Europa.«

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der das Berthold-Beitz-Zentrum angegliedert ist, zählt zu den großen deutschen Mittlerorganisationen für Fragen der internationalen Politik und der Außen- und Sicherheitspolitik. Die DGAP wurde 1955 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. www.dgap.org

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit dem Jahr 2008 gemeinsam mit der Deutschen Bank Hauptfinanzierer des Zentrums und führt mit ihm regelmäßig Veranstaltungen in Kooperation durch. Der 1952 gegründete Ost-Ausschuss, dem 150 größere und mittelständische Unternehmen sowie große Wirtschaftsverbände angehören, vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in Bezug auf 22 Länder Osteuropas und Zentralasiens. www.ost-ausschuss.de

Die Deutsche Bank AG gehört zu den wichtigsten ausländischen Finanzakteuren auf den Märkten Mittel- und Osteuropas. Seit dem Jahr 2008 ist die Deutschen Bank gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss Hauptfinanzierer des Zentrums. www.deutsche-bank.de

Pressekontakt:

Andreas Metz
Ost-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft
030/2028 – 1441
A.Metz@bdi.eu

Annette Kaiser
Pressestelle DGAP
030-254231-32
a.kaiser@dgap.org

Deutsche Bank AG
Presseabteilung
Dr. Klaus Winker
069 910 32249
klaus.winker@db.com

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de